Nachmittags-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Posen bei Hrn. Krupski (C. H. Ulrici & Co.) Breitestraße 14; in Gnesen bei Herrn Th. Spindler, Markt u. Friedrichstr.-Ecke 4; in Grätz b. Hrn. L. Streisand; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel Haasenstein & Vogler.

Posener Zeitung.

Dreiundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Berlin, Wien, München, St. Gallen Rudolph Mosse; in Berlin: A. Retemeyer, Schloßplatz; in Breslau, Kassel, Bern und Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: R. Jenke; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Comp.

Nr. 395.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Montag 28. November

Inserate 1½ Sgr. die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1870.

Die Posener Zeitung eröffnet auch für den Monat Dezember ein besonderes Abonnement zu dem Preise von 25 Sgr. in der Expedition und bei den Kommanditen, für Auswärts inkl. Postporto 1 Thlr. — Bestellungen von Auswärts sind direkt an die Expedition zu richten.

Expedition der Posener Zeitung.

Der Vertrag mit Württemberg.

Aus dem Reichstage schreibt man uns:

Berlin, 27. November. Der Bundesrath des Norddeutschen Bundes hielt gestern unter dem Vorsitz des Staatsministers Delbrück eine kurze Sitzung zur Entgegennahme des Vertrages mit Württemberg vom 25. dieses Monats über dessen Beitritt zu der jüngst mitgetheilten Verfassung des Deutschen Bundes, sowie der mit Württemberg geschlossenen Militär-Konvention. Die Verhandlungen wurden geführt seitens des Nordbundes durch den Staatsminister Delbrück und den kgl. sächsischen Minister v. Friesen; Baden war vertreten durch den Präsidenten v. Freydorf und den hiesigen badischen Gesandten v. Türckheim; Hessen durch den hiesigen Gesandten Hofmann; Württemberg endlich durch die Minister Mittnacht und v. Suckow. Der Vertrag zerfällt in 3 Artikel. Im Artikel 1 erklärt Württemberg seinen Beitritt zur Verfassung des Deutschen Bundes. Artikel 2 enthält die Modifikationen, unter denen die Verfassung auf Württemberg Anwendung findet. Danach führt Württemberg im Bundesrath vier Stimmen, der somit 52 Stimmen umfaßt. Zweitens entsendet Württemberg 17 Abgeordnete zum Reichstage, der darnach 334 Abgeordnete zählt. — Drittens bezüglich der Steuer auf Salz, Tabak, Branntwein, Bier, Rüben, Zucker 2c., sowie bezüglich der Einnahmen aus diesen Steuern ist Württemberg Baden gleichgestellt. Viertens hinsichtlich des Post- und Telegraphenwesens verbleibt Württemberg die eigene Verwaltung für den internen Verkehr. Bei dem eigenen unmittelbaren Verkehr Württembergs mit seinen dem Bunde nicht angehörigen Nachbarstaaten behält der Postvertrag von 1867 Giltigkeit. An den Bundes-Einnahmen des Post- und Telegraphenwesens partizipirt Württemberg nicht. — Fünftens für das Bundeskriegswesen kommt die Militärkonvention in Anwendung. — Sechstens für Württemberg erfolgt die Einführung als Bundesgesetze I. vom 1. Juli 1871 an das Gesetz wegen der vertragsmäßigen Zinsen, sowie über Errichtung eines oberen Handelsgerichts, II. vom 1. Januar 1872 an: Gesetz über Beschlagnahme der Arbeit oder Dienstlohnes und Gesetz über Ausgabe von Papiergeld. Die Einführung des Gesetzes über Maßregeln gegen die Rinderpest, sowie der Post- und Telegraphengesetze bleibt vorbehalten; das Gesetz über Schließung der Spielbanken wird mit der Bundes-Verfassung als Bundesgesetz eingeführt. Der Vertrag soll nach der Zustimmung der sämmtlichen gesetzgebenden Faktoren im Laufe des Dezember ratifizirt werden. Zu dem Vertrage gehört ein Protokoll, gleichfalls vom 25. d. M., worin Württemberg seinen Beitritt zu den zwischen den anderen Kontrahenten getroffenen Vereinbarungen über Beginn und Wirksamkeit der Verfassung, Beginn der gemeinschaftlichen Ausgaben für das Landheer, Ernennung der Bundesbeamten, Steuerwesen, Konsulatwesen, Kriegsbudget, Verfassungsveränderungen und zu den Uebergangsbestimmungen (Art. 80) erklärt. Zweitens wurde anerkannt, daß auf den württembergischen Eisenbahnen der Ein-Pfennig-Tarif nicht durchgängig Platz greifen kann. Drittens war man einverstanden, daß Württemberg die Ausdehnung der jetzigen Vorrechte der Post auf seinen internen Verkehr selbst bestimmen soll.

Die Militärkonvention endlich, bei welcher Preußen durch seinen Kriegsminister von Roon, Württemberg durch seinen Kriegsminister von Suckow vertreten war, trägt die Daten Hauptquartier Versailles 21. Nov. 1870 und Berlin 25. Nov. Sie umfaßt 16 Artikel und folgende Hauptbestimmungen: Die württembergischen Truppen bilden ein Armeecorps des deutschen Bundesheeres mit der entsprechenden Anzahl von Ersatz- und Besatzungstruppen nach preußischen Normen für Mobilmachung oder Kriegsbereitschaft. Diese neue Organisation soll in 3 Jahren nach der Rückkehr auf den Friedensfuß vollendet sein. Von dieser Rückkehr ab bilden die Württemberger das 14. deutsche Armeecorps, auch beginnt damit die Unterstellung der Truppen unter den Oberbefehl des Königs von Preußen als Bundesfeldherrn, welchem wie den Kriegsgesetzen in dem Fahneneide Gehorsam gelobt wird. Der Bundesfeldherr giebt nur seine Zustimmung zur Ernennung des Höchstkommandirenden, im übrigen bleibt das Ernennungsrecht dem Könige von Württemberg. Im Frieden bleiben die Truppen in Württemberg dislozirt, die Dislozirung anderer deutscher Truppen in Württemberg der Zustimmung des Königs von Württemberg vorbehalten, sofern es sich nicht um Besetzung süddeutscher oder westdeutscher Festungen handelt. Die Ernennung von Festungskommandanten sowie die Anlage neuer Befestigungen bleibt gegenseitiger Verabredung vorbehalten. — Einige württembergische Offiziere werden auf 1 bis 2 Jahre zur preußischen und einige preußische Offiziere auf die gleiche Dauer zur württembergischen Armee kommandirt. Die Organisation des Armeecorps ist ganz nach preußischen Normen eingerichtet. Ueber die Uniformirung bestimmt der König von Württemberg, „und es soll dabei den Verhältnissen der Bundesarmee die möglichste Rechnung getragen werden.“ Aus dem Beitrage Württembergs zum Militärbudget bestreitet es den Aufwand für die Unterhaltung des Armeecorps einschließlich Neuanschaffungen, Bauten 2c. in selbstständiger Verwaltung, sowie seinen Antheil an den Kosten für die gemeinsamen Einrichtungen des Bundesheeres — Zentraladministration, Festungen, Militärbildungsanstalten, Kriegsschulen, militärärztliche Bildungs-Anstalten 2c. „Ersparnisse, die unter voller Erfüllung der Bundespflichten als Ergebnisse der besonderen obwaltenden Verhältnisse möglich werden, verbleiben zur Verfügung Württembergs.“ Das Armeecorps partizipirt an den gemeinsamen Einrichtungen und wird im großen Generalstab verhältnißmäßig vertreten sein. In den Etat und die Abrechnung des Bundesheeres tritt das württembergische Armeecorps erst mit dem 1. Januar 1872 ein. Bei Mobilmachung und Kriegsbereitschaft hat Württemberg den Anordnungen des Bundesfeldherrn allezeit in vollem Umfange Folge zu leisten. Die hieraus entstehenden Kosten trägt die Bundeskasse. Württemberg leistet Vorschuß. Württemberg ist jederzeit im Bundesausschuß für Landheer und Festungen vertreten.

Kriegsnachrichten.

Das Hauptquartier der II. Armee war, wie der „Staats-Anz.“ schreibt, in Troyes vom zehnten November Nachmittags bis zum vierzehnten November Morgens. Troyes, im Departement der Aube, ist eine Stadt von 35,000 Einwohnern und der Sitz eines Bischofs. Der Höchstkommandirende General-Feldmarschall Prinz Friedrich Karl hatte in dem bischöflichen Palaste Wohnung genommen. Als die preußischen Truppen auf die Stadt anrückten, trafen sie etwa zwei Kilometer von derselben auf Erdarbeiten, wie tiefe Gräben, aufgehäufte Sandsäcke, Schanzaufwürfe, die den Zweck hatten, dem Vordringen der Preußen Einhalt zu thun, doch war die Stelle, welche unsere Truppen, um in die Stadt zu gelangen passiren mußten, wieder aufgefüllt, so daß dieselben ungehindert ihren Marsch fortsetzen konnten. Wie man später in der Stadt erfahren hat, gab es in Troyes eine Partei von politischen Heißspornen, welche die alte Römerstadt durchaus in Vertheidigungszustand setzen und dieselbe dem Schicksale eines festen Platzes preisgeben wollten; doch gewann der verständigere und bessere Theil der Bevölkerung, an dessen Spitze der Maire stand, die Oberhand und die Hindernisse wurden hinweggeräumt oder ausgefüllt. Nichtsdestoweniger kam es von Seiten einer untergeordneten Schicht der Einwohnerschaft von Troyes gegen einen Ulanen der Avantgarde zu Thätlichkeiten, in Folge deren der Stadt eine Kontribution von 10,000 Francs auferlegt wurde. Damit schien sich die Stadt wohl beruhigt zu haben, aber nicht die Landbevölkerung, denn in einem Dorfe jenseits Troyes wurde aus den Häusern auf Quartiermacher des neunten Armeecorps geschossen und war leider ein Artillerie-Offizier das Opfer dieses meuchlerischen Angriffes; der den Offizier begleitende Unteroffizier wurde verwundet. Aus dem Dorfe wurden vier Geißeln hinweggeführt, um in einer preußischen Festung internirt zu werden. Im Ganzen genommen erwiesen sich die Einwohner von Troyes unseren Truppen gegenüber nicht feindselig, das, was sie denselben zu leisten hatten, gaben sie bereitwillig; die Verpflegung der Mannschaften war reichlich und gut, die Quartiere angenehm. Schließlich war ihnen, wie aus ihren Versicherungen hervorging, eine preußische Besatzung, die in der Landwehr ankam, ganz erwünscht, zum Schutze gegen einen Theil der Bevölkerung, welche, in den zahlreichen Fabriken ihren Unterhalt findend, durch die kriegerischen Ereignisse brodlos geworden war und gegen die besitzende Klasse der Einwohner eine drohende Haltung anzunehmen Miene machte, so sehr auch die Gemeindebehörde bestrebt war, zum Unterhalte dieser Leute das Mögliche beizutragen. So war an den Ecken der Stadt eine Proklamation des Maires angeschlagen, in welchem dieser ein Anleihe von 900,000 Frcs. hauptsächlich zur Deckung e Bedürfnisse der Gemeinde nach dieser Richtung hin ausschrieder

Montag, den 14. November, brach das Hauptquartier auf und wurde nach Villeneuve l'Archerêque verlegt, einem unbedeutenden Städchen zwischen Troyes und Sens, 40 Kilometer von der ersteren, 24 von der letzteren entfernt. In all den Städten und Ortschaften, von Doulevant an, waren die ersten preußischen Truppen nur etwa drei Tage zuvor eingerückt und begegneten einer durch die Aufreizungen der sogenannten Patrioten der Presse und der Priester gegen sie aufständisch gesinnten Bevölkerung, die zuletzt nur durch die Furcht vor der Uebermacht niedergehalten ward. Auf dem Wege von Villeneuve nach Sens waren fast von Ortschaft zu Ortschaft Vertheidigungsmaßregeln in tieferen, gezogenen Gräben, in Verhauen u. s. w., sogar waren die Steine am Wege, die Kilometerzeiger entfernt worden, so daß in der Beseitigung aller, den Vormarsch der Truppen hemmendem Maßregeln unsere Pioniere tüchtige Arbeit hatten, und die Bewohner der Dörfer und Gehöfte halb verwunderte, halb finstere Mienen machten, als sie sehen mußten, daß unsere Truppen trotz der entfernten Wegsteine dennoch den Weg gefunden hatten. Auch in Sens, dem Hauptort des Departements Yonne, einer Stadt von 10,000 Einwohnern, ging das Einrücken unserer Truppen nicht ohne tumultuarische Auftritte seitens der Bevölkerung vor sich; dieselbe schien sich erst dann zu beruhigen, als einige Batterien einrückten und die Furcht Platz griff, die Stadt möchte beschossen werden.

Deutschland.

Berlin, 26. Nov. Die Versetzung des Regierungspräsidenten Maurach in Gumbinnen nach einer anderen Stelle, ist wie die „Köln. Z.“ hört, entschieden. Eben so steht die des Landraths Dodillet in Insterburg von dort bevor, so daß es sich zeigt, daß die Betreffs beider Beamten in Umlauf gewesenen Gerüchte nicht unbegründet waren.

— Die „Zukunft“ schreibt: Der Kaufpreis des Streichenberg'schen Hauses am Leipzigerplatz ist dem früheren Besitzer, Rentier Streichenberg, vom Kriegs-Ministerium jetzt vollständig ausbezahlt worden. Man darf daher auf die erneute Diskussion dieser Angelegenheit im Reichstage gespannt sein. Bei der früheren Verhandlung derselben wurde bekanntlich der Ankauf des Hauses verworfen.

— Die „Straßb. Ztg.“ theilt in ihrem amtlichen Theile folgende Personalnachrichten mit: „Der katholische Regierungs- und Schulrath Arnold zu Liegnitz ist zur Bearbeitung der katholischen Schul-Angelegenheiten an das Zivil-Kommissariat im Elsaß berufen worden.“ — Für die evangelischen Schul-Angelegenheiten ist der Seminar-Direktor Schollenbruch zu Neuwied berufen.

— Der „Post“ wird aus München vom 25. d. telegraphirt: Der König geht nicht nach Versailles. Viele Waggons Salz unterwegs nach Paris.

— Wie die „Kreuzztg.“ hört, gedenken noch eine Reihe von Franzosen Broschüren über die jüngste Katastrophe herauszugeben. Das Blatt nennt einstweilen den Botschafter Benedetti und den Minister Ollivier.

— Dem Vernehmen nach hat der Geh. Reg.-Rath Dr. Stieber, [illegible] nach dem Verbleib des Dr. Kayßler anzustellen.

— In der Neuformation befinden sich eine Feld-Telegraphen- und Feldeisenbahn-Abtheilung. Beide treten in Berlin zusammen und werden nach dem südlichen Frankreich dirigirt.

— Dr. Weber, Religionslehrer und Privatdozent der Philosophie an der Universität zu Breslau veröffentlicht in der „Kreuzztg.“ folgende Erklärung:

Der Herr Fürstbischof von Breslau. Dr. Heinrich Förster hat mich mittelst Verfügung von Sonntag, den 20. November, ab ordine suspendirt und gleichzeitig die missio canonica für die Ertheilung des Religions-Unterrichts bei dem Königlichen katholischen Gymnasium ad St. Matthiam mir entzogen. Der einzige Grund zu diesen Strafen ist meine Betheiligung an der bekannten Nürnberger Erklärung gegen die absolute Gewalt und persönliche Unfehlbarkeit des Papstes, sowie an dem Proteste gleichen Inhalts, den zwölf Lehrer des St. Matthias Gymnasiums am 15. Oktbr. in der Breslauer und Schlesischen Zeitung veröffentlicht haben. Auch jetzt kann ich von dem, was ich gesagt habe, nichts zurücknehmen. Ich habe die festeste Ueberzeugung, daß ich in einer Sache, die von der weitgreifendsten Bedeutung für Kirche und Staat ist, wie es sich für Ehrenmänner, am allermeisten für katholische Priester geziemt, einfach und schlicht der Wahrheit Zeugniß gegeben. Das Bewußtsein einer durchaus lauteren Absicht und meiner vollen Schuldlosigkeit, so wie die klare Erkenntniß, für die wichtigsten Interessen der Kirche und des Staates Verfolgung zu leiden, verlassen mich keinen Augenblick; sie werden mir die Ertragung der über mich verhängten Strafen wesentlich erleichtern.

— Die konsularische Vertretung des Bundes ist in steter Ausbreitung. Während am 29. Oktober 1868 die Zahl der Bundeskonsuln 275 betrug, ist dieselbe jetzt auf über 500 erhöht worden, wobei die Anordnung getroffen, daß den Handelskammern und Kaufmannskorporationen von Zeit zu Zeit amtliche Konsulats-Verzeichnisse zugehen, so daß die Gewerbtreibenden mit leichter Mühe sich über die Verbindungen auf diesem Gebiete unterrichten können.

— Gleichwie beim Militär haben auch im Zivilamt, aus Anlaß des Krieges, Reaktivirungen bereits in den Ruhestand versetzter Beamten, namentlich im Bereiche der Polizeiverwaltung, stattgefunden, da die Besetzung französischer Landestheile die Aufbietung vieler Polizeibeamten erfordert. Aber auch Post, Telegraphie und Steuerpartie haben mit den vorhandenen Kräften für jene Landestheile aushelfen müssen, was gerade in diesen drei Zweigen stark empfunden wird.

— Gegen Dr. Gustav Rasch, Dr. Jacobi, Redakteur des „Börsen-Couriers“ und Herrn Gräwell, Redakteur des „Social-Demokraten“, ist durch Beschluß des berliner Stadtgerichts wegen Schmähung der öffentlichen Anordnungen der Obrigkeit und Beleidigung des Generals Vogel v. Falckenstein die Untersuchung eingeleitet. Die Verhandlung findet am 9. Dezember statt.

— Während die Sympathien der in den Vereinigten Staaten wohnenden Deutschen allenthalben und auch nach Erklärung der Republik in Frankreich entschieden uns zugewandt sind, theilen sich die der Yankees, der anglo-amerikanischen Bürger der Union: ein Theil derselben erfreut sich unserer Erfolge ebenfalls und wünscht uns weiteren Sieg, die Mehrzahl scheint entgegengesetzten Gefühlen zu huldigen. Unter den hervorragenden Leuten der letzteren Klasse nimmt der Unterstaatssekretär Davis eine besonders feindliche Stellung gegen uns ein. Derselbe ist in Kundgebung seiner Abneigung gegen die deutsche Sache sogar so weit gegangen, daß er, wie die „N. A. Z.“ mittheilt, die Beförderung deutscher Militärpflichtiger als Anwerbung und somit als Bruch der amerikanischen Neutralitätsgesetze ansehen zu müssen erklärt hat, gegentheiligen Vorstellungen gegenüber dabei geblieben ist, und unsere Konsule, welche die Leute befördern, mit gerichtlicher Verfolgung bedroht hat, der dieselben natürlich mit Ruhe entgegensehen.

= Eine Zirkularverfügung des Handelsministers an die kgl. Eisenbahndirektionen bezeichnet es als unerläßlich, den Bedarf an Personal und Material, welcher sich beim zunehmenden Betriebe der okkupirten französischen Eisenbahnen herausstellt, von deutscher Seite zu decken. Je mehr diese

Bahnen für die allgemein militärischen Interessen und namentlich auch für die Verproviantirung der Armee Wichtigkeit besitzen, um so dringender ist es geboten, dieselben zur Erfüllung ihrer Zwecke ausreichend in Stand zu setzen. Deshalb soll für jetzt im Inlande von der Eröffnung neuer Bahnstrecken Abstand genommen werden. Ihr Betrieb würde neues Personal und Material in Anspruch nehmen, also die anderweite Verfügbarkeit von Betriebskräften verringern. Außerdem ergiebt es sich als nothwendig, auf den bestehenden inländischen Bahnen den Betrieb so weit einzuschränken, als die großen Zwecke und die Bedürfnisse unserer Kriegführung dies verlangen. Demgemäß werden die königl. Eisenbahndirektionen aufgefordert, schleunigst anzuzeigen: wie viele Maschinen, Wagen und Telegraphenapparate, ferner wie viel Lokomotivpersonal, Fahrpersonal, Stationsbeamte, Bahnmeister, Weichensteller, Bahnwärter, Telegraphisten, Expeditionsbeamte, Werkmeister, sowie Büreau- und Kassenbeamte sie aus ihrem Verwaltungsbereich für die okkupirten französischen Bahnen abgeben können. Auch die Verwaltungen der Privatbahnen, von denen mehrere bereits erhebliches für die Kriegszwecke geleistet haben, werden aufgefordert, sich in ähnlicher Weise, wie die Staatsbahnen, an der Stellung von Personal und Material für den Betrieb der okkupirten französischen Eisenbahnen zu betheiligen.

— Die „Deutsche Zeitung“ (Fortsetzung der Kriegszeitung) ist am Sonnabend mit Beschlag belegt worden. Dies ist auch früher der (von Glasenapp redigirten) Kriegszeitung so ergangen, weil sie militärische Nachrichten gebracht haben sollte, deren Verschweigung die Regierung wünschte.

Leipzig, 22. Novbr. In Sachen des Sozialdemokraten Bonhorst hat das Appellationsgericht entschieden, daß dem Auslieferungsverlangen der braunschweiger Staatsanwaltschaft nicht Folge zu leisten sei. Dagegen hat es der sächsischen Staatsanwaltschaft anheimgestellt, ob sie ihrerseits einen Hochverrathsprozeß zu inszeniren für gut finde. Bis die Staatsanwaltschaft sich über die Natur dieser Anheimstellung klar geworden, bleibt Bonhorst in Haft. — Auf einer Volksversammlung, die am Donnerstag in Dresden statt hatte, wurde von dem anwesenden Polizeikommissär ausdrücklich konstatirt, daß das Verbot sozialdemokratischer Versammlungen zur Besprechung des Krieges noch in Kraft stehe, obwohl der Vogel von Falckenstein'sche Erlaß, der dieses Verbot hervorrief, längst aufgehoben worden ist.

Italien.

Florenz. Die „Opinione“ entwickelt neuerdings den Gedanken, daß die Depesche des Fürsten Gortschakoff die europäischen Kabinette nicht überraschen konnte; aus diesem Grunde dürfe man auch erwarten, daß sie zu keinem kriegerischen Konflikt Anlaß geben werde. Die Artikel der englischen Blätter klängen wohl drohend; eine ähnliche Sprache sei aber von ihnen auch anläßlich des deutsch-dänischen Krieges geführt worden und habe keine weiteren Folgen herbeigeführt; im vorliegenden Falle sei Grund zu der Voraussetzung gegeben, daß eine Revision und Modifikation des pariser Vertrages von 1856 auf dem Wege der Verhandlungen erzielt werden würde. — Gelegentlich der Wahl des Herzogs von Aosta zum Könige von Spanien kommt wieder die frühere Geschichte über die Kandidatur des Prinzen zur Sprache. Die Sache war damals dem Vernehmen nach so gut wie abgemacht, als der Herzog zu Prim's großem Aerger sich weigerte, die ihm angebotene Dornenkrone anzunehmen und zwar angeblich, weil seine Gemahlin (Prinzessin della Cisterna) nicht von der Sache hören wollte. Es war der Dame nicht anders, als durch ihren Beichtvater beizukommen, und wenn der römische Korrespondent der „Dailly News“ die Wahrheit redet, so wäre dieser Weg in der sinnreichsten Weise wirklich benutzt worden. Wie der Berichterstatter erzählt, wurde ein fähiger piemontesischer Staatsmann abgeordnet, dem Papste mitzutheilen, daß falls der Herzog von Aosta nicht den spanischen Thron besteige, jedenfalls ein protestantischer Prinz zum Könige von Spanien gewählt werden würde. Da indessen die Herzogin eine eifrige Katholiken sei, so lasse sich die Sache einrichten. Der Papst ging in die Falle und berief unverzüglich den Beichtvater der Herzogin zu sich. Den Beichtvater beredete dann auch die Herzogin und diese den Herzog. Unglücklicherweise jedoch fiel gerade als Alles bereit war, das Ministerium Menabrea und das neue Kabinet zeigte sich dem Projekte so feindselig, daß dasselbe auf eine Zeit lang aufgegeben werden mußte. Dann kam die Kandidatur Hohenzollern aufs Tapet und endlich nöthigte die Besetzung von Rom das Ministerium, aus Gründen der allgemeinen Politik zu dem früheren Plane seine Einwilligung zu ertheilen.

Rom, 20. Novbr. Kardinal Antonelli hat wegen der Besitzergreifung des Quirinals durch die italienische Regierung folgende Note an die Mächte erlassen:

„Zu den von der Florentiner Regierung bereits gegen das Eigenthum des heiligen Stuhles verübten Attentaten ist nun noch ein solches gegen das spezielle Eigenthum der römischen Bischöfe gekommen. General Lamarmora zeigte mit Schreiben vom 17. dieses Monats dem unterzeichneten Kardinalstaatssekretair an: der Ministerrath habe nach reiflicher Erwägung einstimmig beschlossen, es sei der Palast auf dem Quirinal als Staatseigenthum zu betrachten, und stellte an ihn das Ansinnen, zum Behufe der Besitzergreifung durch den Staat die Schlüssel zu übersenden, und jemanden abzuordnen, der den nöthigen Formalitäten und der Inventarisirung der dort befindlichen Möbel und Effekten beiwohne. Zu diesem Zwecke setzte er den folgenden Tag fest und bestimmte auch die Stunde. Es muß mit Recht überraschen, daß ein Ministerrath sich zum Richter über fremde Eigenthumsrechte aufwirft, und namentlich bezüglich eines Palastes, der den römischen Päpsten gehört, der, weil er ihnen als Residenz dient, auch der apostolische genannt wird, der seit wenigstens drei Jahrhunderten zu ihrem Sommeraufenthalte bestimmt ist, und seit langer Zeit auch zum Conclave und zur apostolischen Kanzlei benützt wird. Natürlich säumte der Unterzeichnete im Hinblick auf die guten und unumstößlichen Gründe, welche ihm bei Ablehnung des Ansinnens zur Seite standen, namentlich auch im Hinblick auf seine Pflicht als Präfekt der heiligen apostolischen Paläste, nicht zu erklären, daß er sich nie zu einem Akt ermächtigt halte, der auch nur im entferntesten den Anschein herbeiführen könne, als beruhige man sich bei einem derartigen Raub und wies folglich auch die Auslieferung der Schlüssel zu den Gemächern Sr. Heiligkeit zurück, deren Thüren man für gut befunden hatte, unter Siegel zu legen. Trotz dieser Erklärung und im Widerstreit mit der Achtung und den Prärogativen der Souveränität und Immunität der Exterritorialität und dem fürstlichen Rang, mit welchem man angeblich das Oberhaupt der Kirche umgeben will, ging General Lamarmora mit der schmählichsten Gewaltthätigkeit vor, denn seine Abgeordneten ließen, da kaum noch die bestimmte Stunde angebrochen war, die Schlösser der Thüren erbrechen, drangen ein und nahmen vom Palast auf dem Quirinal, dem Eigenthum der römischen Päpste, Besitz. Da nun der heil. Vater der Gewalt nicht mit Gewalt begegnen kann, aber auch seinem Eigenthumsrecht an dem besagten Palast und allen darin befindlichen Effekten nichts vergeben will, hat er dem unterzeichneten Kardinal den Auftrag gegeben, förmlich dagegen zu protestiren und Eurer Exzellenz hiervon Nachricht zu geben, mit der Bitte, Ihre Regierung davon in Kenntniß zu setzen, damit sie sich überzeuge, welche Beleidigungen Se. Heiligkeit ertragen muß, und damit sie dahin wirke, daß endlich einmal diesen unerträglichen Zuständen ein Ziel gesetzt werde, welche vom Florentiner Kabinet in seinen Staaten hervorgerufen werden. Ich benutze diesen Anlaß ꝛc.

Im Vatikan, 9. November 1870. G. Kard. Antonelli.

— Der Papst hat nicht den Einzug Viktor Emanuels in Rom abgewartet, um den König zu exkommunizieren; er hat schon jetzt den Bann gegen den Beherrscher des einigen Italiens geschleudert und zwar ist dies geschehen in einer Encyklika vom 1. Nov., welche der „Volksfr.“ mittheilen zu können so glücklich ist. Der Papst hat zwar die Urheber und Theilnehmer an der Invasion des Kirchenstaates und Roms nicht namentlich angeführt, aber er hat sie genau bezeichnet, indem er sagt: „Wir erklären Euch, ehrw. Brüder, und durch Euch der gesammten Kirche, daß alle diejenigen, in was immer für einer, auch ganz besonderer Erwähnung werthen Würde sie glänzen mögen, welche die Invasion, Usurpation, Okkupation was immer für einer Unserer Provinzen und dieser Unserer hehren Stadt, oder etwas daran verübt haben, und ebenso ihre Auftraggeber, Begünstiger, Helfer, Rathgeber, Anhänger und alle Anderen, welche die Ausführung der erwähnten Dinge unter irgend einem Vorwand und auf was immer für eine Weise befördern oder sie selbst ausführen, der größeren Exkommunikation und den anderen von den heiligen Kanones, den apostolischen Konstitutionen und den Dekreten der allgemeinen Konzilien, insbesondere des Tridentischen, verhängten katholischen Zensuren und Strafen verfallen seien.“ Das Aktenstück, welches so lang ist, daß das ultramontane Organ es nicht auf einmal ganz veröffentlichen kann, rekapitulirt in bekannter Manier die älteren und neueren Ereignisse, die sich im Kirchenstaat vollzogen, und beschäftigt sich dann mit Viktor Emanuel in folgenden Stellen: Und wozu diese feindliche Invasion; welche Ursachen wurden vorgegeben? Sehr bekannt ist Jedem das, was in dem Briefe des Königs vom 8. September d. J., der uns durch seinen an uns beglaubigten Gesandten übergeben wurde, auseinandergesetzt wird, worin in langen und trügerischen Umschweifen von Worten und Sätzen der Name eines liebevollen Sohnes und katholischen Mannes zur Schau getragen und der Schutz der öffentlichen Ordnung des Papstthums und Unserer Person zum Vorwand genommen und verlangt wurde. Wir möchten den Umsturz Unserer weltlichen Herrschaft nicht als eine feindselige Schandthat aufnehmen, sondern vielmehr diese Gewalt abtreten und auf die von ihm angebotenen eitlen Versprechungen trauen, durch welche, wie er sagte, die Wünsche der Völker Italiens mit dem Rechte und der Freiheit der Autorität des römischen Papstes versöhnt werden sollen. Wir konnten nichts Anderes, als Uns gewaltig wundern, da Wir sahen, auf welche Weise man die Gewalt, die Uns binnen Kurzem angethan werden sollte, verdecken und verhehlen wollte und Wir konnten nichts anderes, als aus innerstem Herzen das Loos dieses Königs beklagen, der, von bösen Rathschlägen angetrieben, der Kirche mit jedem Tage neue Wunden schlägt und mehr Furcht vor den Menschen als vor Gott hat, ohne zu bedenken, daß im Himmel der König der Könige und der Herr der Herrscher ist, welcher Niemands Person anschaut und Niemands Größe fürchtet, weil er selbst den Kleinen und den Großen gemacht hat und dem Stärkeren stärkere Qualen bevorstehen. — Exkommunizirt ist, wie man sich erinnert, Viktor Emanuel schon einmal worden; jetzt ist der größere Bann gegen ihn geschleudert worden. — Ueber den kleinen und den großen Bann bemerken wir, daß durch jenen der Exkommunizirte nur einiger kirchlichen Rechte und Güter, als des Genusses des Sakraments beraubt, während er durch diesen, der früher feierlich und mit Verwünschungen über den zu Strafenden ausgesprochen wurde, von aller kirchlichen und bürgerlichen Gemeinschaft ausgeschlossen und gleichsam gefehmt wird.

Großbritannien und Irland.

London, 22. November. Lord Russell schreibt in der „Times“ über die orientalische Verwickelung:

„Welche Maßregeln unsere Regierung auch zur Unterstützung der festen und unwiderleglichen Depesche Lord Granvilles treffen mag, eine Maßregel scheint mir jedenfalls unerläßlich. Im vorigen Jahre drang ich darauf, daß die Krone größere Vollmachten zur Einberufung der Miliz erhalte. Das Ministerium spottete damals über die Bestimmungen meiner Bill, willigte aber für ernste Eventualitäten (in case of emergency) eine Vollmacht in dieser Hinsicht zu fordern. Die legale Bedeutung des Wortes emergency kenne ich nicht, doch scheint es mir, daß, wenn der Minister einer Großmacht im Interesse seines Souveräns das Recht beansprucht, einen Vertrag, welcher sieben der ersten Staaten Europas bindet, bei Seite zu schieben und abzuschaffen, eine emergency vorhanden ist. In St. Petersburg heißt es, Rußland habe 500,000 Mann unter Waffen und in Köln spricht man von 900,000. Es ist notorisch, daß seit mehreren Monaten russische Truppenbewegungen aus dem Norden nach der türkischen Grenze stattgefunden haben. Mag unsere Stimme für den Frieden sein, wie ich hoffe, oder für einen Krieg der möglicher Weise unvermeidlich werden kann, jedenfalls bin ich der Meinung, daß 100,000 Mann Milizen in Verbindung mit der Milizereserve zusammengezogen werden müssen und daß wir auf diese Weise die Mittel erlangen, die Skelette unserer mageren Regimenter mit Fleisch und Blut zu füllen.“

London, 23. Nov. Die Mehrzahl unserer Morgenblätter bringt heute eine Zusammenstellung über die Waffenausfuhr von Amerika nach Frankreich bis zum 16. Nov. Die Quelle dieser Mittheilung ist nicht angegeben, doch wird dieselbe als durchaus zuverlässig bezeichnet. Das erste Kargo von Bedeutung, welches auf einem französischen Dampfer verschifft wurde, bestand aus 2500 Gewehren und Karabinern, die am 3. September, also am Tage nach der Schlacht bei Sedan, an Bord des in New-York vor Anker liegenden Dampfers „Pereire“ gebracht wurden. Nach diesem Tage nahmen die Verschiffungen bedeutend an Um-

---

Rußlands Beruf zur Wiederherstellung des wahren Glaubens in Westeuropa.

(Fortsetzung.)

Man darf nicht leugnen, daß ein Zug der Gutmüthigkeit das Herz des Russen auszeichnet. Er ist von Haus aus, wie alle Völker der Ebenen, friedfertig und nachgiebig und der friedlichen Beschäftigung des Landbaus zugethan. Wenn ihn die Natur wenig zur Grausamkeit disponirt hat, so hat sie ihn auf der andern Seite geradezu mit der Unfähigkeit ausgestattet, auf die Dauer die Rolle des herrischen Gebieters durchzuführen. Seine angeborne Herzensgüte veranlaßt ihn alle Augenblicke mit Verleugnung aller konventionellen Schranken dem Nebenmenschen sein Herz zu öffnen. Diese Eigenschaften sind trotz der mächtigen entgegenwirkenden Einflüsse in dem russischen Volkscharakter nicht ausgelöscht worden. Im geselligen Verkehr ist auch jetzt der Unterschied des Standes weit weniger als bei uns bemerkbar. Natur, Land und Beschäftigung haben den Russen zur Friedfertigkeit, Verträglichkeit und zu bürgerlicher Gleichheit geschaffen, aber mein Gott, was machte aus ihm das grausame Geschick äußerer Noth, ihm aufgedrängter Institutionen, die Hab- und Herrschsucht der eignen Volksgenossen! Wie gewaltsam ist die Brandmarke der Leibeigenschaft in das gesunde Fleisch des russischen Volksthums hineingebrannt worden! Frei war einst der russische Bauer sowie seine Gemeinde. Aber in der schrecklichen Zeit der inneren Wirren und der Tatarenherrschaft, da erhob sich der fürstliche und gutsherrliche Despotismus; und die materiell und moralisch gebrochene Volkskraft der Bauernschaft war nun dem übermächtig gewordenen Herrn gegenüber nicht mehr im Stande, die Lasten wieder abzuschütteln, die der Zwang der allgemeinen Noth auferlegt hatte. Nach dem Recht des Stärkeren erfolgte die Usurpirung der bäuerlichen Freiheiten durch die Grundherren, und erst nachträglich, und sehr spät, erlangte der faktische Zustand durch gelegentliche Ukase der Zaren eine gewisse rechtliche Grundlage, die aber bis zur Abfassung der großen Gesetzsammlung (Swod sakonof) eine sehr zweifelhafte geblieben ist. Erst da sind die Bauern durch parteiische Redaktion, zum Theil durch gemeine Fälschung der Gesetze, nun auch gesetzlich ihrer letzten persönlichen Freiheiten beraubt worden. Poroschin, in seiner Broschüre: Nos questions russes, Paris 1865, liefert hierfür interessante Beläge. Wenn ein Gutsherr sein Gut an ein Individuum verkauft, welches nicht berechtigt war, Leibeigne zu besitzen, so war er durch einen Ukas verpflichtet, seinen Bauern anderwärts eine Niederlassung zu besorgen. Diesen Ukas finden wir unter § 1085 des Gesetzbuches so umgemodelt, daß daraus für den Grundherrn das Recht hervorgeht, die Bauern auch ohne Grund und Boden zu verkaufen. Von Peter d. G. existirt ein Gesetz, nach welchem der in der Stadt Handel oder Gewerbetreibende Leibeigene nur diejenige Abgabe zahlen sollte, wie er sie im Dorfe gezahlt hatte. Diesen Ukas wird man vergebens in der Gesetzsammlung suchen, und der in die Stadt umsiedelnde Bauer blieb beständig der willkürlichen Erpressung seitens seines Herrn ausgesetzt.

Die Institution der Leibeigenschaft ist weit entfernt ein so althergebrachter gesetzmäßiger Zustand zu sein als sich Herr O. einbildet; und nun gar die Praxis selbst! Sie bietet uns ein erschreckliches und klägliches Bild, vor dem jeder humane Beobachter mit Schaudern zurückbebt. Das ist ja überall der Fluch der Sklaverei gewesen, daß sie nicht blos den Unterdrückten sondern auch den Herrn sichtlich vorkommen läßt. Dem russischen Sklavenhalter fehlte bis in die neueste Zeit jede Gelegenheit, sich sittlich und intellektuell zu bilden. Im Nichtsthun, in Dummheit und Rohheit großgezogen, war er von Jugend auf gewöhnt, über Eigenthum und Person seiner Nebenmenschen nach eigener Willkür, zu seinem Vergnügen zu verfügen. Launenhaft in seiner Gunst wie in seinem Zorn ließ er seinem Untergebenen nur dessen Rechts- und Schutzlosigkeit fühlen. Ob der Leibeigene etwas gut oder schlecht ausgeführt hatte, er war niemals vor Faustschlägen oder Stockhieben sicher. Prügel machten den gewöhnlichen und geläufigen modus des Verkehrs mit dem Bauern aus. Man prügelte auch im Anfall gemüthlicher Aufgelegtheit. Was Wunder, daß der Sklave, so vollständig der Launenhaftigkeit seines Herrn preisgegeben, darauf verfiel, denselben zu hintergehen, besonders nachdem er herausgemerkt, daß sein dummer Herr sehr leicht zu betrügen sei. Betrogen wurde der Herr auf jedem Schritt und Tritt. Wie konnte der Bauer es für ein Unrecht halten, seinen Herrn zu bestehlen! Er glaubt damit nur einen kleinen Theil von seinem Eigenthum zurückzunehmen, das er sich mit saurem Schweiß erarbeitet, und das ihm widerrechtlich entzogen worden. Die Wahrheit sagte der russische Bauer seinem Herrn in keinem Falle. Schlau sucht er der momentanen Stimmung seines Herrn abzulauschen, was diesem für den Augenblick am angenehmsten wäre zu hören. Die systematische und absolute Verlogenheit des Russen führt manchmal die ergötzlichsten Szenen herbei. Man kann ihn bei einem unbedeutenden Versehen oder einer Dummheit auf der That erwischen, er leugnet es keck hinweg und verschwört sich bei allen Mächten des Himmels und der Hölle. Erst wenn er geprügelt wird, wirft er sich in der kläglichsten Art zu den Füßen und bekennt; aber er würde dasselbe thun, wenn er unschuldig angeklagt wäre, denn er weiß: Nun will der Herr auf jeden Fall das Geständniß haben und wird nicht eher mit dem Prügeln aufhören. Durch die Gnade des regierenden Kaisers ist dem Bauern Eigenthum und persönliche Freiheit wiedergeben worden, aber das durch jahrhundertelange Noth und Schmach eingepflanzte Mißtrauen des russischen Volkes gegen seine einstigen Herren und Unterdrücker ist vorderhand noch unbesiegbar, und die verwischten Begriffe von Eigenthumsrecht und persönlicher Freiheit, die verwischten Unterschiede zwischen Lüge und Wahrheit können dem Volke nicht sofort durch kaiserliche Ukase zurückgebracht werden.

Wenn in diesen Beziehungen das Elend der Leibeigenschaft auch noch in seinem Fluche für nachfolgende Generationen groß und erschrecklich ist, so ist damit die sittliche Verkommenheit, die diese die Menschheit entwürdigende Institution angerichtet, noch bei Weitem nicht erschöpft. Unser ästhetisches Gefühl schaudert zurück, den letzten Vorhang aufzurollen, hinter welchem uns in widerwärtigster Form eine abscheuliche Fülle moralischer Fäulniß erwartet. Der russische Bauer wurde seines Eigenthums beraubt. In elender Hütte, in Schmutz und Lumpen arbeitete er Jahr ein Jahr aus für seinen Herrn und hungerte, während jener in sinnloser Verschwendung seinen Schweiß verpraßte. Es war ihm jede Möglichkeit, ja das Recht genommen, sich Eigenthum und menschenwürdigeres Dasein zu verschaffen. Ihm, dem hilflosen Opfer viehischer Rohheit, wurde eine hündische Unterwürfigkeit und mit ihr zugleich eine niederträchtige Spitzbüberei und Verlogenheit eingeprügelt. Und um auch die letzte Stütze moralischer Kraft in ihm zu brechen, wurde auch seinem sittlichen Gefühl, den nationalen Traditionen und den von der Kirche gepredigten Geboten zum Trotz die Heiligkeit der Familie geschändet und dem Uebermuth barbarischer Wollust preisgegeben. Es blieb dem russischen Bauer nichts was das Leben lebenswerth macht, kein Eigenthum, kein Familienglück, nicht einmal die Hoffnung, daß es jemals besser werden könnte. Man weiß nicht, ob man das materielle Elend größer nennen soll als das moralische. Es ist dem unglücklichen Volke zu wünschen, daß ihm von nun an bessere Zeiten leuchten möchten, aber das Gift, das die fluchwürdige Leibeigen-

fang zu. Am 20. lichtete der Dampfer „Lafayette" die Anker mit 6000 Gewehren und Karabinern, sowie 3,000,000 Patronen. Am 8. Oktober nahm die „Ville de Paris" 90,000 Gewehre und Karabiner nebst 8,000,000 Patronen an Bord, und das letzte Kargo, bestehend aus 90,000 Gewehren und Karabinern, nebst 18,000,000 Patronen beförderte der „Ontario". Demnach stellt sich die Gesammtsumme der verzeichneten Ausfuhr auf 378,500 Stück Infanterie-Gewehre und Karabiner, 45,000,000 Stück und 11,000 Kisten Patronen, 55 Kanonen, 5 Gatling-Batterien und 2000 Pistolen, doch ist es nicht unwahrscheinlich, daß außer den aufgeführten Posten noch andere nach Frankreich befördert worden sind. „Daily News" macht zu diesen Zahlenangaben die folgenden Bemerkungen:

„Wir erwähnen diese Thatsachen weder, um uns zu entschuldigen, noch um die Vereinigten Staaten anzuklagen. Die Vereinigten Staaten haben ja auch für ihre streng billigen und ehrenvollen internationalen Beziehungen einen guten Ruf erlangt und ihre Waffenausfuhr ist so offen betrieben worden, wie im gewöhnlichen und berechtigten Handelsverkehr Sitte ist. In der That ist es aber etwas hart, daß die Beschwerden Deutschlands ausschließlich, oder doch zum größten Theile gegen uns gerichtet worden sind, denn die spärliche Auskunft, welche über unsere eigene Waffenausfuhr zu Tage gelangt ist, lassen sie ganz sicher weit kleiner erscheinen, als die der Vereinigten Staaten. Wir wollen indessen nicht die Entschuldigung vorbringen, daß unsere Sünden im Vergleich mit denen unseres Nächsten nur leicht sind. Dem individuellen Risiko des Exporteurs ausgesetzt, ist in dieser Form des Handelsverkehrs nichts Gesetzwidriges. Ob es wünschenswerth sei, sie für die Zukunft durch ein Abkommen unter den Nationen als gesetzwidrig zu erklären, ist eine ganz andere Frage, und zwar eine Frage, über die eine Einigung lange nicht wahrscheinlich ist.

Rußland und Polen.

Riga, 17. Nov. Aus den hier lebenden **Angehörigen des norddeutschen Bundes** hat sich unter dem Vorsitze des Generalkonsuls **Wöhrmann** ein **Verein zur Unterstützung der in Riga zurückgebliebenen Familien** einberufener Militärpflichtigen gebildet. Das Resultat der für diesen Zweck gesammelten Beiträge war so günstig, daß der Unterhalt der Familien auf 6 Monate sichergestellt werden konnte. Die Sammlung ergab bis jetzt den Betrag von 2937 R. für 49 Frauen einberufener Reservisten und Landwehrmänner. Eine zweite Sammlung von Geldbeiträgen und Lazarethgegenständen, welche unter der Leitung des Herrn Wöhrmann zum Besten der im Felde befindlichen und der verwundeten deutschen Soldaten vorgenommen wurde, lieferte einen Betrag von über 10,061 R., von denen 9750 R. dem Zentralkomite in Berlin überwiesen wurden. An Charpie, Verbandstücken und wollenen Waaren sind von dem Vereine 11,281 Pfd. über Eydkuhnen nach Berlin befördert worden. Die Erträge mehrerer Konzerte wurden von den Veranstaltern direkt nach Berlin geschickt. Die von dem hiesigen deutschen Gesangverein veranstaltete Aufführung hatte allein einen Reingewinn von ca. 2000 R.

Norddeutscher Reichstag.

2. Sitzung.

Berlin, 26. Nov. Eröffnung 1 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Delbrück, Camphausen u. A.

Präsident **Simson** theilt eine neue Reihe von Urlaubsgesuchen mit, die zum Theil durch den Dienst der freiwilligen Krankenpflege motivirt sind, und zeigt an, daß der Reichstag seit dem Juli d. J. vier seiner Mitglieder, Bail, v. Brencken, v. Seckt und Twesten durch den Tod verloren hat, deren Andenken die Versammlung ehrt, indem sie sich von ihren Sitzen erhebt. Dem Andenken **Twestens** widmet der Präsident noch einen besonderen Nachruf:

An dem Grabe von Karl Twesten hat sich mehr als eine beredte Stimme vernehmen lassen; hervorragende Männer haben sein Andenken in der Presse gefeiert, in den öffentlichen Blättern, ja in eigenen Schriften,— und doch scheint mir, daß wir vorzugsweise das Recht und die Pflicht haben, seiner zu gedenken. Denn wie umfassend auch seine Thätigkeit für Wahrheit und Recht auf dem Gebiete des Lebens und auf dem Gebiete der Wissenschaft gewesen ist, er war doch in einem ganz vorzüglichen Grade **unser!** Unsern Aufgaben hat er die Blüthe seines Strebens gewidmet und ist davon auch nicht abgestanden, als seine Anstrengung bereits begann, die Grundlagen seines Lebens zu erschüttern. Die Sorge um **ihre** glückliche Lösung hat ihn unablässig noch auf seinem Sterbelager beschäftigt; ich selber könnte davon Zeugniß ablegen! Und nun vermissen wir mit seinem Scheiden die seltenste Verbindung von Kraft und Einsicht, von Gesinnung und Erkenntniß, die ihn auszeichnete. Mit einer fast jugendlichen Unbefangenheit hat er den reichsten Inhalt sittlicher und geistiger Bildung in sich vereinigt, und wenn sein geschärftes Gefühl mitunter nicht ohne Reizbarkeit war, so geschah es eben, weil er unter dem Widerspruche zwischen dem Erstrebten und dem Erreichten am Empfindlichsten litt! — Wir wissen, daß, je schwieriger und mühevoller eine Aufgabe war, je undankbarer sie erschien, sie um desto stärker und unwiderstehlicher dieses Mannes nie ermattende, auf den Beifall von Hause aus willig verzichtende Thätigkeit anzog, und so darf ich aussprechen, die Erinnerung an seine rastlose und erfolgreiche Arbeit wird auch unter uns heilsam fortwirken, nun ihn unsere Augen nicht mehr sehen, belebend, zur Nacheiferung reizend, unvergänglich! Ehre seinem Andenken!

Die Abtheilungen haben sich in folgender Weise konstituirt: I. v. Eichmann (Vors.), Devens (Stellv.), v. Hüllessem, Günther (Schriftführer) II. v. Bernuth, Graf Eulenburg, Forkel, v. Wedemeyer. III. v. Hoverbeck, v. Denzin, Stelzer, Graf Solms-Laubach IV. v. Forckenbeck, Herzog v. Ratibor, v. Cranach, Küntzer. V. v. Frankenberg-Ludwigsdorff, Stephani, Schlägel, v. Schöning. VI. v. Bennigsen, Graf Münster, Graf Schaffgotsch, v. Puttkamer (Fraustadt). VII. Löwe, v. Blanckenburg, Stavenhagen, Albrecht. Zu Quästoren des Hauses ernennt der Präsident die Abgg. v. Auerswald und Fries. — Ein an den Reichstag gerichteter Bericht des Zentralkomites zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger wird dem Druck übergeben werden.

Der Reichstag hat vorgestern ohne Zettelwahl sein altes Bureau durch Akklamation erneuert; doch muß für einen der 8 Schriftführer, den früheren Abg. v. Luck, eine Neuwahl vorgenommen werden, da derselbe durch inzwischen erfolgte Beförderung im Staatsdienst sein Mandat hat aufgeben müssen. Das Präsidium hat von dieser Thatsache erst jetzt Kenntniß erhalten. Ein Schreiben des Abg. v. **Hilgers** vom 23. d. M. theilt seinen Austritt aus dem Reichstage mit, da er sich nicht für befugt hält, sein mit dem 10. Sept. d. J. ablaufendes Mandat eigenmächtig zu verlängern, auch eine solche Befugniß der Versammlung im Ganzen abspricht. Der Präsident kann im Augenblick nicht sagen, ob Hr. v. **Hilgers** in der betreffenden Sitzung, in der die Mandatsverlängerung beschlossen wurde, zugegen war und wie er sich zu diesem Beschlusse verhalten hat; beurlaubt war er jedenfalls nicht. Das Schreiben wird dem Bundeskanzler mitgetheilt werden.

Die erste und zweite Lesung der **Kreditvorlage** (100 Millionen) leitet Hr. **Camphausen** im Namen des Bundesraths mit einer kurzen Bemerkung ein, um dem etwaigen Mißverständniß zu begegnen, als sollen die in den Motiven der Vorlage mitgetheilten Daten über die erste Anleihe von 120 Millionen der Rechenschaftsbericht über ihre Verwendung sein. Der Gedanke, in dieser beiläufigen Weise die Rechenschaftsablegung abzumachen, liege den Bundesregierungen fern.

Abg. **Reichensperger**: Dieser Reichstag hat im Juli in seiner Adresse bereits die feierliche Erklärung abgegeben, daß das deutsche Volk vor keinem Opfer zurückschrecken wird, um den ihm aufgedrungenen Krieg zu Ende zu führen. Unsere Armeen stehen noch heute vor dem Feind, um ihr Blut einzusetzen für den Schutz des Vaterlandes und wir können keinen Augenblick zweifelhaft sein, daß dieser Reichstag das Gut des Volkes zur Verfügung stellen wird, soweit es irgend möglich ist (Beifall). Ich möchte darum aber auch nicht schweigend diese Bewilligung aussprechen, da das Herz jedes Deutschen jetzt so voll ist von patriotischem Gefühl über die ungeheueren Ereignisse, die vor unsern Augen vorgegangen sind. Es ist war, daß noch vor wenigen Monaten unser Vaterland in die größte Gefahr gekommen war, durch fremde Heere überschwemmt zu werden, an deren Spitze afrikanische Horden einhermarschirten im Namen der Zivilisation. Heute, hat dieses französische Heer wirklich alle deutschen Gaue überschwemmt, als Kriegsgefangene mit ihrem Kaiser. Es ist nicht des Deutschen Eigenschaft, im Glück sich zu überheben. Er weiß auch jetzt nur im Glück zu lernen, wie er vor 60 Jahren aus dem Unglück gelernt hat. Und diese Lehre werden wir gewiß in aller Zeit festhalten, daß das deutsche Volk verhöhnt, verkleinert, zertreten war, so lange es in inneren Streitigkeiten seine Kräfte zersplitterte, daß es dagegen hoch, mächtig und geachtet dasteht, wenn es einig ist. (Beifall.) Es war ein Angstruf, welchen vor 1800 Jahren der stolze Tacitus aus seinem gepreßten Herzen ausgestoßen hat, daß die Uneinigkeit unter den Deutschen bewahrt werden möchte, damit sein Volk bestehen könne. Dieser Wunsch ist lange genug in Erfüllung gegangen. Heute aber ist es anders. Die Deutschen haben den Kampf aufgenommen und wenn auch noch so viele und schwere Wunden aus diesem Kampfe heimgetragen wurden, so sagen wir es uns doch laut, daß die große, die schmerzliche Wunde Deutschlands ausgeheilt ist in diesem Kampfe, die Wunde, die das Jahr 1866 zurückgelassen hat. Ich vertraue darauf, daß alle Erinnerungen an jene Vergangenheit ausgeglichen sind in dem nationalen Siegesbewußtsein Alldeutschlands. Wir alle vertrauen, und die Eröffnungsrede hat uns die Zusicherung gegeben, daß Deutschland aus diesem siegreichen Kampfe auch die Bedingungen seiner ferneren Sicherheit erhalten wird. Es sind die vormals deutschen Länder in einer Zeit der Zwietracht und Zerrissenheit dem deutschen Reiche entfremdet worden, sie haben als Ausfallsthor gedient, sobald unsere Feinde auszogen, natürlich um die deutsche Freiheit zu schützen. Dieses Ausfallsthor wird, das vertrauen wir alle, in deutscher Hand ein für allemal bleiben. Es wird und muß der Blick des Nachbars von unseren schönen Rheinlanden abgewendet werden, von jener Wiege des deutschen Reiches, mit dessen Verlust ich wenigstens nur sagen könnte: finis Germaniae. Diese Nothwendigkeit hat schon der große Friedrich erkannt, als er sagte, daß mit der Losreißung von Elsaß und Lothringen Frankreich seine Herrschaft an dem Rheine befestigt und von da an unablässig darnach getrachtet habe, seine Herrschaft über das ganze Reich auszudehnen. Dem wird und muß ein Ende gemacht werden im Interesse des Friedens nicht blos für Deutschland, sondern für Europa. Meine Herren, wenn, wie wir nicht zweifeln, dies geschehen wird, dann hat meines Erachtens das neue Deutschland nur noch eine Gefahr zu bestehen, die Gefahr nämlich, daß es jene Elemente des eroberten Feindeslandes nicht auch annehme, die jenes Land zu Grunde gerichtet haben: ich meine Unfreiheit, Zentralisation und .... (Beifall). Diese Eigenschaften, die die Lebenskraft des französischen Volkes erstickt haben, werden uns fern bleiben. Eine 1000jährige Geschichte ist die Bürgschaft dafür. Deutschland muß sich in Haupt und Gliedern gleichmäßig entwickeln; es ist nothwendig, daß das so lebhaft erwachte Nationalgefühl eine höhere festere Einigung erstrebt. Redner wünscht dann noch, daß die nothwendige Mannigfaltigkeit und Besonderheit gewahrt bleiben möge und Deutschland dadurch nicht demselben Verderben entgegen geführt werden möge, wie es bei Frankreich der Fall war. Wir dürfen dann erwarten, daß die vollste Macht nach Außen und echte Freiheit nach Innen Deutschland bleiben werde.

Abg. **Bebel**: In einer längeren, öfter unterbrochenen Rede tritt der Redner der Bewilligung des neuen Kredits entgegen. Die Annexion von Elsaß und Lothringen sei der Punkt, um den es sich handle. Würde die Regierung darauf verzichten, so wäre der Hauptwiderstand gegen den Frieden von Seite Frankreichs schon gebrochen. Diese Bedingungen aber wolle eben die Regierung nicht annehmen und entziehe sogar denjenigen die persönliche Freiheit, welche die Annexion jener Provinzen als eine unrechtmäßige bezeichnen. Die sächsische Regierung habe darin der preußischen nachgeahmt, indem sie das Versammlungsrecht „einzig und allein für unsere Partei aufgehoben hat". Das wirft gerade kein günstiges Licht auf das, was für die Freiheit in Zukunft zu erwarten steht. Deshalb erlaube ich mir hier, die Gründe anzuführen, die gegen die Annexion sprechen.

Präsident Dr. **Simson**: Meine Pflicht ist es, die Diskussion an dem Thema festzuhalten, welches zur Berathung vorliegt. Die Frage, ob Annexion oder nicht, erfordert gewiß eine Erklärung in diesem Hause, aber es steht nicht im Belieben der Mitglieder, bei jedem beliebigen Gegenstande diese Frage zu erörtern. Hier ist die Frage, ob wir die neue Anleihe bewilligen sollen oder nicht, aber nicht die Frage, unter welchen Bedingungen der Friede geschlossen werden soll. Deshalb werde ich es nicht zulassen, daß der Redner jetzt schon diese Frage bespricht.

Abg. **Bebel** glaubt die Bewilligung der Anleihe von der Frage nach der Annexion abhängig machen zu müssen. Man behaupte, die Annexion sei nothwendig aus strategischen, politischen und volkswirthschaftlichen Interessen. Das sei unrichtig, da die französische Armee ja nicht nach Deutschland eindringen konnte, und umgekehrt werde bei günstigen Kombinationen auch der Verlust von Elsaß und Lothringen die Franzosen nicht hindern können, in Deutschland einzudringen. Deshalb rathe es die Klugheit, das französische Nationalgefühl nicht zu verletzen. Das Selbstbestimmungsrecht habe hier allein zu entscheiden und dies würde in ganz Elsaß und Lothringen entschieden zu Gunsten Frankreichs ausfallen. Nach der Nationalität dürfe man sich schon gar nicht richten, denn „national ist reaktionär". Mit dem Nationalitätsprinzip würden wir nie aus dem Kriege herauskommen. „National hat gar nichts zu bedeuten", wie dies die Schweiz und Amerika beweisen. — Redner wendet sich gegen den vielgerühmten Patriotismus der Deutschen, deren Opferwilligkeit bei Zeichnung der Anleihe doch recht genau nach Prozenten gerechnet habe. Die Franzosen hätten in wenigen Tagen 750 Millionen Frcs. und wir kaum 68 Millionen Thaler gezeichnet. Auch hier zeige sich der Unterschied zwischen Geschrei und Handeln. (Ruf: Pfui! Heraus! Heraus! Sehr heftige Unterbrechung. **Präsident**: Wenn Herr Bebel so fortfährt, so werde ich ihm auf meine Verantwortung das Wort entziehen). Redner schließt damit, daß es Dummheit sein würde auf einen Erfolg seines Antrags zu rechnen.

Abg. **Lasker** wendet sich in eingehender Kritik gegen Bebel, der die Sprache eines Franzosen, nicht eines Deutschen geführt habe und eine solche sei schlechterdings nicht zu dulden. Ebenso unzuläßig sei seine Trennung der besitzenden von den besitzlosen Klassen, da beide in diesem Kriege dieselben Opfer gebracht hätten. Die Besitzlosen, als deren General Hr. Bebel sich gerire, bildeten auch keineswegs die Mehrheit der Nation. Die Regierungsmänner in Paris wären genau so schuldig an dem Kriege, wie die Nation im Ganzen und es wäre Thorheit, den überführten Verbrecher gegen Geldentschädigung straflos davon gehen zu lassen. Die Vorstellung, die Bebel von der Emission von Anleihen hat, beweise keine Vertrautheit mit dem wirthschaftlichen Leben der Nation und keine Erkenntniß des Opfers, das Tausende mäßig Begüteter durch Darbringung ihrer Ersparnisse beim Ausbruch des Krieges beachten. Die Rede König Wilhelms sei von Herrn Bebel geradeso mißverstanden, wie von den Franzosen, die sich nach Napoleons Fall für straffrei erklärten. Die Rückgabe des Elsaß und Lothringens sei strategisch nothwendig und von Millionen förmlich in Adreßform verlangt worden. Eine Grenzsicherung gegen den übermüthigen Nachbar ist das einzige Sicherungsmittel. Dies ist die Ansicht des ganzen deutschen Volkes, und diese allgemeine Uebereinstimmung muß, auch wenn der Abg. Bebel anderer Ansicht ist, als Volkswille geachtet werden. — In Frankreich,

---

schaft in sein Blut hineingebracht, wird noch lange Zeit um sich fressend bösartige Symptome sozialer Krankheiten zu Tage fördern. — Ist es nicht entsetzlicher Sarkasmus, wenn Herr Prof. Ov. dieses bodenlose Elend eines ganzen Volkes mit Phrasen wie folgende abfertigen zu können glaubt: „Sind nicht die unmündigen Kinder Leibeigne? Fühlen sie sich deßhalb unglücklich? Fängt nicht eben die rauhe Wirklichkeit und der Ernst des Lebens dort an, wenn sie auf eignen Füßen stehen und sich selbst durchs Leben helfen müssen?"

„Ein großes und auch ein gutes Volk und Vater dieses Volkes — das, dachte ich, das muß göttlich sein," sagt Marquis Posa; und es klingt im Gedichte ganz hübsch. Auch einen mystisch-religiösen Glorienschein verstehen unsere frommen Phrasenmacher um die Stirn des Herrschers zu winden. Es ist auch ganz gut, wenn der König oder Kaiser ernstlich von seiner Pflicht erfüllt ist, mit natürlicher Sorgfalt über das Wohl seiner Untergebenen zu wachen, aber Herr Ov. wird uns schwerlich überzeugen, daß die Wohlfahrt und die Rechte eines Volkes gesichert seien durch die aus seiner Theorie sich ergebende Garantie daß der König als Vater seiner Unterthanen nichts wünschen und thun könne, was ihnen Schaden brächte. Ja, unser Herr Professor geht noch weiter. Sollte auch der Zar sein Volk streng und sogar ungerecht behandeln, warum sollten dies die guten Kinder ihrem Vater übel nehmen? Leider verhält sich die Sache in Rußland gegenwärtig so, daß auch der wohlwollendste und energischste Monarch nicht im Stande ist, seinem Lande Wohlthaten in dem Maße zu erweisen, als er sie ihm zugedacht. „In Monarchien darf ich Niemand lieben als mich selbst." Für diesen Ausspruch bietet die russische Beamtenwelt eine furchtbare Illustration. Ja, der Staat wies seine Beamten an und nöthigte sie geradezu zur Spitzbüberei, indem er sie unauskömmlich besoldete. Was so lange Zeit offen geduldeter Usus war, das wird sich noch lange als eine böse Krankheit forterben. Die humanen Intentionen und Verordnungen, die von Petersburg ausgehen, wären ganz gut, aber ungemein besser wäre deren strikte, ihrer Absicht entsprechende Ausführung. Des gemeinen Mannes Sprichwort heißt: der Himmel ist hoch, und der Zar ist weit. Und doch ist es in dieser Hinsicht ungemein besser geworden. Aber die glorreichen Tage Nikolaj's liegen nicht gar weit zurück. Da stand noch die Beamtenomnipotenz in voller Blüthe. War nur durch Konnexionen und Gelder der Rücken nach oben hin gesichert, so war ein Gouverneur in der Provinz mehr als absoluter Herrscher; und das gute Beispiel der Oberen wurde bis zum letzten Schreiber mit der unverschämtesten Räuberei nachgeahmt. Die guten Kinder des Zaren wurden von seinen bevorzugten Söhnen auf jedem Schritt und Tritt durch die raffinirtesten Quälereien und gewaltthätigsten Erpressungen bis aufs Blut ausgesogen. Kindlich ergeben küßten sie die Ruthen des Vaters. Sie hätten einmal versuchen sollen sich zu beschweren! Nicht wahr, Herr Professor, eine recht väterliche Regierung!

Nichts ist verderblicher für ein Volk als eine durch süßliche und frömmelnde Phraseologie plausibel gemachte Gemüthlichkeit in politischen Dingen; sie bedeutet unverantwortlichen Schlendrian und Vergeudung der Staatsmittel auf der einen und Bedrückung und Vergewaltigung gegen das Volk und dessen Recht auf der andern Seite.

(Fortsetzung folgt.)

Geschichtsvorträge von Robert Prutz.

V.

Seinen fünften Vortrag eröffnete Herr Professor Prutz mit einem kurzen Rückblick auf die Wirkungen, welche die von Westen nach Osten fortgepflanzte Erschütterung in Deutschland hervorgerufen. Den schlimmsten Ausgang hatten hier die, freilich auch nicht im rechten Geist unternommenen, ja z. Th selbst kindischen Versuche, eine einheitliche Gestaltung Gesammt-Deutschlands zu fördern, gehabt, welche eine neue Zeit der umfassendsten Demagogenverfolgungen, eine neue Schreckenszeit zur Folge hatte, in der wieder Preußen, den diabolischen Rathschlägen Metternichs ein williges Ohr leihend, den Schergen machte. Der Schutzpatron aller Unterdrückungsbestrebungen, der stolze Nikolaus, konnte bald bei jener Zusammenkunft zu Münchengrätz seinen freiwilligen Vasallen seine volle Befriedigung aussprechen. Aber es fehlte doch nicht an Symptomen, welche die Ungesundheit unserer Zustände verriethen. Vor allem waren es zwei kirchliche Bewegungen, in Betreff deren sich der Vortragende jedoch auf Andeutungen beschränken zu müssen glaubte.

Die eine vollzog sich in der evangelische Kirche. Als der rechtschaffene und friedliebende Friedrich Wilhelm III. es unternahm, durch die Union dem 300jährigen unerquicklichen und vielfach verderblichen dogmatischen Hader zweier sich so nahe stehenden Konfessionen ein Ende zu machen, so war das unzweifelhaft eine weise und segensreiche That. Aber die Werkzeuge, deren er sich zur Ausführung der Union bediente, standen zum Theil nicht auf der Höhe seiner Intentionen: es waren Bureaukraten, oft auch liebedienerische und dabei gewaltthätige Menschen, welche den Widerstrebenden, den Altlutheranern gegenüber den königlichen Willen mit rauhem Zwang durchsetzen wollten. Wir erlebten in der Mitte der dreißiger Jahre das unwürdige, der Bildung unseres Jahrhunderts Hohn sprechende Schauspiel, zahlreichen Gemeinden ihre Gotteshäuser durch Soldaten versperrt zu sehen.

Weit bedeutender war der Streit, in welchen die Regierung mit einigen Würdeträgern der **katholischen** Kirche verwickelt wurde. Lange Zeit gab es in Preußen keinen Hader wegen gemischter Ehen. In altpreußischer Weise war die Angelegenheit durch ein Ministerial-Reskript von 1803 geregelt worden, nach welchem der Vater über die Konfession der Kinder zu entscheiden hatte. Nun trat schon in den zwanziger Jahren die katholische Kirche mit der Prätension hervor, nur dann seine Mischehe einzusegnen, wenn der Mann sich verpflichtete, die Kinder katholisch erziehen zu lassen. Auf diesen Standpunkt versuchte sich zuerst der Erzbischof von Köln zu stellen, aber der hochgebildete, feine, gewandte Kultusminister Altenstein wußte den ihm geistesverwandten hochherzigen Erzbischof Spiegel von Desenberg dahin zu bringen, daß er die Sache halb vertagt, halb vermittelt oder doch vertuscht in der Schwebe ließ. Anders Spiegels Nachfolger. Der Freiherr von Droste-Vischering war ein hartköpfiger, eckiger Westfale, den die preußische Regierung, wenn sie ihren guten Traditionen treu bleiben und die höchsten Interessen nicht schädigen wollte, niemals hätte zum Bischof werden lassen dürfen. Dieser Geistliche hatte schon ein Menschenalter früher ein Meisterstück gemacht, das ihn zu allem eher qualifizirte als zum Bischof in einem paritätischen Staate; er hatte Fritz Stolberg zur alleinseligmachenden Kirche bekehrt. Bei diesem Zeloten verschlug Altensteins diplomatische Feinheit nicht; es kam zum Bruch und nun hatte das absolutistische Preußen der bischöflichen Anmaßung nichts als die nackte Gewalt entgegenzusetzen. Die Zwangsmaßregeln gegen Droste und seinen Gesinnungsgenossen, den Erzbischof Dunin von Posen und Gnesen, zog Preußen nicht nur die schneidigsten Angriffe von dem inzwischen ultramontan gewordenen Görres zu, sondern konnte den auch liberal Gesinnten durchaus nicht als eine befriedigende Lösung erscheinen.

Man empfand tiefer als je, wie tief ein Staat wie der preußische einer Verfassung bedurfte, eines Gesetzes, das als höchste Macht über der Regierung wie über der Kirche stand.

Freilich daß es eine Verfassung allein nicht macht, daß eine solche, wenn sie nicht im Volke wurzelt, nichts ist als ein werthloses, leicht zu beseitigendes Blatt Papier, das wurde uns Deutschen gerade damals, im Jahre 1837, einmal recht fühlbar gemacht. Damals wurde, während die edle Viktoria, das unerreichte Muster einer konstitutionellen Regentin, Englands Thron bestieg, der hochmüthige Tory, der volks- und freiheitsfeindliche Herzog von Cumberland als Ernst August König von Hannover und kaum hatte dieser Fürst den Boden seines Landes betreten, als er auch schon, kraft vermeinter Königlicher Machtvollkommenheit, die Verfassung aufhob und die Beamten ihres Eides auf dieselbe entband. Dieser Rechtsbruch wäre ihm fast ungerügt hingegangen, da die Verfassung, welche den Geist eines aristokratischen Ständewesens athmete, dem Volke nichts gewesen und ihm nichts sein konnte — wenn sich nicht in wenigen Männern der freihen und gewissenhaften Forschung der freie Sinn und das Gewissen, das unbeirrte deutsche Gewissen geeinigt hätten. Es waren sieben Göttinger Professoren, von denen nur einer, der Hofrath Dahlmann, der Vater jener Verfassung, vielleicht auch von Ehrgeiz getrieben wurde, welche den berühmten Protest gegen den Rechtsbruch erließen. Unter ihnen waren die edlen Gebrüder Grimm, die der Wissenschaft der Sprache ein neues, fast unermeßliches Gebiet erschlossen und von unserer fast unbekannten Vorzeit zuerst den Schleier gehoben haben; es war Gervinus, der geniale Litteraturhistoriker, unter ihnen, der damals schon durch die ersten Bände seines klassischen Werkes wohlverdiente Bewunderung erregt hatte.

Der König resolvirte sich kurz. Die protestirenden Professoren wurden abgesetzt; drei unter ihnen, denen man die den König am meisten kränkende Veröffentlichung des Protestes schuld gab, die Grimm und Gervinus, wurden sogar aus dem Lande verwiesen.

sagt er, ist jetzt eine Regierung, mit der wir den Krieg nicht begonnen haben; aber das Volk ist dasselbe, das Volk will dasselbe, das Volk, das diese jetzige Regierung erträgt und die vorige ertragen hat. Und diese jetzige Regierung besteht aus den ärgsten Kriegsschürern; im Widerspruch mit allen ihren frühern Reden lügen sie jetzt, nie den Krieg gewollt zu haben, und doch glaubte Gambetta durch das Programm „Rache für Sadowa" am ehesten den Volkswünschen zu entsprechen und den Urhebern des Plebiszits und ihrer Tendenz entgegen zu wirken. Es ist klar, ein freventliches, ein schmähliches Spiel treiben diese Männer mit den heiligsten Interessen des französischen Volkes, und solche Männer, die heut widerrufen, was sie gestern heilig versichert, können uns kein Vertrauen einflößen; feste, sichere Garantien müssen wir haben, unsere uns geraubten Provinzen müssen wir unserem Vaterlande wieder einverleiben. Dieses wankelmüthige Volk der Franzosen, ich spreche es offen aus, es muß einsehen, daß jeder frivol herbeigeführte Krieg seine harten Strafen nach sich zieht. Und Geldstrafen sind keine Strafen, schon bieten uns die Franzosen Geld, soviel wir nur haben wollen; auch ihre gefallenen Söhne und Brüder werden sie bald vergessen haben, darum muß ihnen klar werden, daß sie zur Strafe für einen beabsichtigten frivolen Raubzug nicht nur diesmal Land verlieren, sondern daß sie der Versuch einer Wiederholung dahin führen kann, das ganze zentralisirte, französische Staatswesen zerstückelt zu sehen. (Sehr richtig.) Nicht behaupten wir darum, wie der Abg. Bebel uns imputirt, daß alle irgendwo lebenden Deutschen uns politisch verbunden sein müssen: eine solche Nationalitätspolitik treiben wir nicht. Aber wenn es sich darum handelt, unsere Grenzen, unsere staatliche Existenz zu sichern, dann nehmen wir unsere Stammgenossen, welche uns freventlich entrissen wurden, wieder in unsere Mitte auf. Das will auch das ganze Volk, das ist sein höchstes Streben, dies ist ihm der schönste Lohn nach diesem Krieg. (Bravo).

Abg. Bebel versucht sich gegen die Vorwürfe seines Vorredners zu vertheidigen und behauptet, falsch verstanden zu sein. An den Deutschen habe er ebenso wie an den Franzosen das Anerkennenswerthe anerkannt. Aber der Uebermuth und die anderen schlechten Eigenschaften, welche man alle den Franzosen vorwirft, sind die Folgen ihrer früheren, zahlreichen Siege, und vor demselben jetzt so sehr zum Verderben ausschlagenden Uebermuthe wünscht Bebel Deutschland bewahrt zu sehen. — Ferner sei auch das französische Volk nicht eroberungssüchtig, nur die vorige Regierung habe es durch allerlei Mittel der Demoralisation zu Kriegskundgebungen gewissermaßen gezwungen. Unter großer wachsender Unruhe des Hauses versucht Bebel die jetzigen Machthaber Frankreichs zu vertheidigen. Ihm folgt

Abg. Braun, welcher unter der Heiterkeit des Hauses dem Abg. Bebel Aeußerungen desselben aus früheren Sessionen des Reichstages entgegenhält. Als 1867 der Reichstag seine Adresse beschloß, bekämpfte der Abg. Bebel den Antrag und zwar vom Nationalitätsstandpunkt aus. Er beklagte damals den Verlust Luxemburgs „des alten Gliedes des deutschen Reiches". Straßburg ist doch auch ein solches Glied des deutschen Reiches. Am 17. Oktober 1867 sprach der Abg. Liebknecht unter der ausdrücklichen Zustimmung des Abg. Bebel gegen die Militärverfassung: „Schamlos sei die deutsche Nationalität preisgegeben in Luxemburg, schamlos niedergedrückt in den russischen Ostseeprovinzen." Damals rieth der Abg. Bebel die Abschaffung des stehenden Heeres und die Einführung von Freischaaren oder ähnlicher Institutionen. Nun wahrlich, die Veränderung des Parteistandpunkts des Herrn Bebel ist groß: damals sollten wir fürs Nationalitätsprinzip Krieg führen mit Frankreich, mit Dänemark, mit Rußland, mit der ganzen Welt. Heut, wo wir so frevelhafter Weise provozirt worden sind, heut steht er als Hauptfeind des Nationalitätsprinzips da. Aber so diametral verschieden seine damalige Forderungen von den heutigen sind, seine Taktik ist immer dieselbe, und sie ist uns klar, er ist der Feind eines einigen und geeinten Deutschlands und sucht seine Kostituirung mit allen Mitteln zu hintertreiben. Frankeich, an welchem wir uns durch die Fortsetzung des uns aufgedrungenen Krieges nach Herrn Bebels Worten so sehr versündigen, dieses Frankreich ist in der That gar nicht unglücklich durch den äußern Krieg, sondern nur durch den innern, durch die furchtbaren Parteizwiste, durch die Leiden, welche der unglückliche Kampf der besitzenden und besitzlosen Klassen über das Land heraufbeschworen. Und diese unselige Parteizerklüftung, die Sonderung des Volkes in zwei feindliche Lager, diese Konstituirung uns bis jetzt noch unbekannter Gegensätze zu Parteien, das ist es, was Herr Bebel auch unserm Vaterlande gern zuführen möchte, und daß wir ein solches Unglück noch nicht haben, das ist in seinen Augen unser größtes Unglück. Doch dahin wird es trotz aller Taktik dieses Herrn bei unserer so hoch gebildeten Nation niemals kommen.

Abg. Liebknecht. Eine Politik, die die Deutsch-Oesterreicher, die deutsch sein wollen, abweist, und die die Elsaßer und Lothringer, die nicht deutsch sein wollen, zu Deutschen machen will, ist keine nationale. Es handelt sich hier für Sie um eine prinzipielle Frage: Sie sympathisiren mit Rußland, dem Tyrannen, und Sie führen Krieg mit der Republik. Als wir gegen die Anleihe stimmten, wollten wir der Regierung, die an der Spitze Deutschlands steht, kein Vertrauensvotum geben. Der Krieg war von deutscher Seite gerechtfertigt, die Deutschen siegten und damit war der Krieg beendet. Das Volk, mit dem wir nicht Krieg führten, hat durch sein Selbstbestimmungsrecht die Republik proklamirt, der Frieden war da (Heiterkeit rechts. Präsident: Ruhe!) Ein freies Frankreich ist die beste Garantie für den Frieden. Die Republik war von dem Heere befreit und bei einem Milizsystem ist ein Krieg unmöglich. Frankreich will den Frieden. (Präsident: Sie überschreiten die letzten Grenzen der Diskussion, die Form muß für eine gebildete Versammlung erträglich bleiben. Beifall.) Die Redefreiheit war in Frankreich in den schlechtesten Zeiten viel besser beschützt als in dieser Versammlung, die zu einer Versammlung von Kindern wird! (Allgemeines Murren.) Die außerdeutsche öffentliche Meinung wird darüber richten. (Rufe: in Frankreich) Die Wacht am Rhein steht jetzt vor Paris, die Regierung ist beseitigt, der Kaiser sitzt in Wilhelmshöhe, er ist der Bruder unseres Königs, wir die Brüder des französischen Volkes, es ist besser, dessen Bruder sein als der des Mannes von Wilhelmshöhe. Bismarck hat mit Eugenie unterhandelt, er will den Kaiser wieder einsetzen. Die Spenersche Zeitung hat es nur in einer Ecke ganz verstohlen dementirt. Dies Monstrum soll wieder eingesetzt werden, die jetzige Kriegführung beweist es. Sie wollen Napoleon wieder einsetzen, weil Sie die Republik nicht anerkennen. Reden Sie mit dem französischen Soldaten, den Bauern, jeder hat sich für die Republik erklärt. Die Republik schafft die Heere ab, in Deutschland werden sie beibehalten. Sie haben keine Nationalität, sonst würden Sie Deutsch-Oesterreich nicht verlassen haben. Redner erinnert an das Vorgehen von Rußland (lebhaftes Gelächter!) Die Annektion bringt uns nicht den Frieden, sondern den Krieg, nicht die Thore der feindlichen Festungen, sondern die von Lötzen werden sich Ihnen öffnen; das jetzige Ministerium Bismarck handelt nicht im Interesse Deutschlands, sondern im eigenen. Redner verzichtet auf die Abstimmung, da er weiß, er werde nicht durchdringen, er wolle nur die Sache darlegen.

Abg. Löwe verwahrt die Fortschrittspartei gegen den Vorwurf des Chauvinismus und des Abfalls von dem ursprünglichen defensiven Charakter des Krieges. So lange die Regierung in Paris keinen Zoll Landes und keinen Stein der Festungen abtreten will, ist die Möglichkeit eines guten Friedens für uns noch nicht geschaffen und jene Regierung trägt die Schuld an der Fortdauer des Krieges. Die Abtrennung des Elsaß und Lothringens ist nothwendig, welche Folgen sie immerhin für die Zukunft haben mag. Es handelt sich nicht um „Annexionen", um Eroberung fremden Gebietes, sondern um die Rückforderung alten Eigenthums, dessen kriegerische Leistungsfähigkeit, dreifach höher angestrengt, als die der übrigen Provinzen Frankreichs, direkt gegen Deutschland gerichtet wurde. Die Republik in Frankreich ist eine Republik von Deutschlands Gnaden, dem Lande aufgedrängt durch unsere Siege. Nichts bürgt uns dafür, daß diese Republik Dauer hat. Es sitzen Männer in dieser Regierung vor denen Redner die höchste Achtung hat, trotz der Fehler, die sie beginnen, bevor und nachdem sie die auf der Straße liegende Macht aufgenommen haben. Aber es ist Redner so gut wie unzweifelhaft, daß das allgemeine Stimmrecht, wenn die katholische Kirche nicht anders darüber disponirt, den Kaiser Napoleon wieder zur Regierung beruft, dessen Unglück nur darin bestand, an der in Frankreich populärsten Idee, der Eroberung der Rheingrenze unterzugehen. Derselbe geniale Beranger, der den Franzosen den Kaiser aufgesungen hat durch sein Rufen: „ein Mann! ein Mann! weg mit dem Geschwätz des Liberalismus", — er hat ihnen auch den Krieg gegen den deutschen Rhein aufgesungen. Dieser Krieg hatte ganz Frankreich für sich, und so peinlich es Manchem ist, daß wir mit dem gestürzten Napoleon Frieden machen sollen, so darf darüber nur unser Interesse ohne irgend welche Sentimentalität entscheiden. Unsere Regierung thut wohl daran, mit jeder Macht Frieden zu schließen, welche die Kraft hat, ihn zu schließen und zu halten. Redner erkennt schließlich an, daß die Regierung mit dem Kredit von 120 Millionen gut gewirthschaftet hat und vermißt nur bei der neuen Vorlage eine Limitirung des Theiles der Anleihe, der in Schatzanweisungen aufgenommen werden soll; auch hätte er einen deutlicheren Ausdruck für den wirklichen Betrag der Anleihe, wie sie effektiv aufgenommen werden soll, gewünscht. Der Ausdruck „Nominalbetrag" trage eine gewisse Unsicherheit in die Vorlage hinein.

Abg. v. Blanckenburg. Zu den Ueberraschungen dieser Tage gehört es auch, daß eine Versammlung, die fest entschlossen ist, die Anleihe schlank weg zu bewilligen, sich durch die Herren Bebel und Liebknecht in Diskussionen über die von ihnen gehaltenen Reden induziren läßt, wodurch für das Ausland der Schein entstehen könnte, als vertreten sie die Meinung eines Theiles der Nation und als hätten ihre Reden irgend eine Bedeutung. Dagegen kann nicht laut genug protestirt werden, sondern ihre Reden, die an einem andern Orte gehalten der Staatsanwaltschaft anheimgefallen wären (Bebel ruft: sehr wahr!), beweisen nur, ein wie großes Maß von Redefreiheit in diesem Hause herrscht. Keine andere Versammlung der Welt würde eine solche Sprache in ihrer Mitte dulden, am wenigsten eine französische. In Paris wären solche Redner wohl schwerlich mit gesunden Gliedmaßen davongekommen.

Bundeskommissar Camphausen beruhigt den Abg. Löwe, dessen hohen und intelligenten Patriotismus er anerkennt, über seine sachlichen Bedenken. In Betreff der Schatzanweisungen würden die Regierungen bei der neuen Anleihe genau so verfahren, wie bei der vorigen, nämlich je nach den Umständen, die es z. B. zuließen einen Theil der bei der ersten Zeichnung nicht aufgenommenen Anleihe zu einem erheblich höheren Cours als 88 später zu verkaufen und so die Differenz zwischen Nominalbetrag und effektivem Kapital möglich zu verringern.

Damit wird die Diskussion geschlossen und sofort zur zweiten Lesung geschritten, ohne daß die Vorlage einer Kommission überwiesen wird. Der Antrag Bebel und Liebknecht (derselbe ist ziemlich umfangreich und liegt gedruckt nicht vor; er verlangt mit Berufung auf die Worte des Königs, der nicht mit Frankreich Krieg führen wolle, sondern nur mit dem Kaiser, die Ablehnung der Anleihe, den Abschluß des Friedens mit der Republik ohne Annexion) wird mit allen Stimmen gegen Schweizer, Hasenklever und die Antragsteller abgelehnt.

Bei der Spezialdiskussion erklärt sich v. Hoverbeck, obwohl er Löwe's Bedenken theilt, für unveränderte Annahme des § 1 der Vorlage; bei § 2 erinnert Stephani daran, daß die Ausstellung von Schuldverschreibungen und Schatzanweisungen nebst Zinscoupons in ausländischer Währung eigentlich der Praxis finanziell zerrütterter Staaten angehöre, welche vom ausländischen Geldmarkt verlangen was der ihrige nicht leisten kann. Amerika habe im letzten Kriege zu einem solchen Mittel nicht gegriffen. — Schließlich wird die Vorlage mit allen gegen 4 Stimmen in zweiter Lesung bewilligt.

Am Montag sollte das Haus den Vertrag des Bundes mit Baden und Hessen diskutiren. Dieser Vorschlag des Präsidenten wird aber durch folgende Eröffnung des Präsidenten Delbrück alterirt; gestern Abend ist der Vertrag mit Württemberg unterzeichnet und zwar ist er dem mit Baden und Hessen geschlossenen konform. Derselbe ist heute dem Bundesrath vorgelegt worden, der Montag über ihn abstimmen wird. Der Vertrag mit Baiern ist am 23. d. M. in Versailles unterzeichnet, am 25. ausgefertigt, er trifft morgen Abend hier ein und wird dann sofort dem Bundesrath vorgelegt werden. Nach dieser Mittheilung erscheint es unthunlich, den Vertrag mit Baden und Hessen isolirt zu diskutiren; der Reichstag wird voraussichtlich die Prüfung des mit Württemberg geschlossenen mit jenem kombiniren können. Ob der mit Baiern geschlossene eine gesonderte Behandlung verlangen wird, läßt sich noch nicht übersehen.

Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung Montag 2 Uhr. (Interpellation betr. die Internirung Jacobi's von der Fortschrittspartei eingebracht; 3. Lesung der Kreditvorlage.)

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, 26. Nov. In der Fraktion der Fortschrittspartei beschäftigt man sich mit der Frage wegen der Unterstützung der Frauen der Landwehrmänner und Reservisten Seitens des Bundes. Die Unzulänglichkeit der durch das Gesetz festgestellten kommunalen Unterstützung wurde von allen Seiten anerkannt, so auch, daß in vielen Theilen des Bundes jene Frauen wirklich Noth leiden. Auch hält man es für die Pflicht des Staates, für die Frauen und Kinder der Vaterlandsvertheidiger einzutreten. — Ein Mitglied der Fraktion hat in Folge dessen einen formulirten Gesetz-Entwurf eingebracht, welcher dahin geht, daß neben der kommunalen Unterstützung der norddeutsche Bund eine mindestens eben so hohe zahlen solle. — Zunächst wird eine Verständigung über ein gemeinsames Vorgehen in dieser Frage bei den anderen liberalen Fraktionen gesucht werden, ehe ein definitiver Entschluß über den erwähnten Gesetz-Entwurf gefaßt wird.

Bezüglich der Nachwahl im zweiten Berliner Wahlbezirk an Stelle des Herrn Eugen Richter theilt die „Volksztg." mit, daß von Seiten der Fortschrittspartei als alleiniger Kandidat Herr Kreisrichter Windthorst in Betracht gezogen wird, und daß derselbe die Kandidatur, insofern das persönliche Bedenken einer Gegenkandidatur Jacoby's nicht mehr obwaltet, diesmal annehmen wird. — Ferner meldet die „Volksztg.": „In der Fortschrittspartei sind erhebliche Zweifel an der Kompetenz des versammelten Reichstages aufgeworfen worden, der im Sommer d. J. sein Mandat aus eigener Machtvollkommenheit aus Gründen verlängert hat, die nicht mehr bestehen; noch erheblicher sind die Zweifel, ob diese Kompetenz sich so weit erstreckt daß er eine völlige Umgestaltung der Bundesverfassung vorzunehmen berechtigt ist." Der heutige Leitartikel der „Volks-Ztg." stimmt mit dieser Ansicht überein und verlangt, der Reichstag solle sich für inkompetent erklären.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 28. November.

— Die Stadt Posen bekommt in nächster Zeit der vielen französischen Gefangenen wegen wieder 2400 Mann Einquartierung. Jedes der hiesigen 6 Ersatzbataillone erhält 400 Mann Landwehr und zwar aus den Provinzen Schlesien und Sachsen. Ob die Ladwehrleute hier bleiben oder ihren mobilen Bataillonen nachgeschickt werden, ist bis jetzt noch nicht bestimmt. Jeden-

(Fortsetzung in der Beilage.

Ganz Deutschland brachte den edlen Patrioten Theilnahme und Verehrung entgegen. Eine von solchen Gesinnungen erfüllte Adresse der Elbinger zog daher die berüchtigte Zurechtweisung von dem damaligen Polizeiminister, Herrn von Rochow, zu, welche durch das geflügelte Wort vom „beschränkten Unterthanenverstand" unsterblich geworden ist.

Es kam das Jahr 1840 heran. An seinen Eintritt knüpften sich allerhand weitverbreitete Prophezeihungen, welche von einem bedeutsamen Sterbefall und einem Umschwunge der Dinge sprachen. Es fehlte nicht an Aberglauben in dieser Zeit: Sie glaubte an Gespenster, weil sie nicht an den Geist glaubte. Allerdings lag gerade hier der Aberglaube nahe genug. Das Jahr 40 war nun schon dreimal verhängnißvoll für die Hohenzollern geworden: Im J. 1440 war Friedrich I., 1640 Georg Wilhelm, 1740 Friedrich Wilhelm I. gestorben. Aber auch ohne abergläubisch zu sein, konnte man ein nahes Ende Friedrich Wilhelms III. erwarten. Der König war alt und gebrochen. Schwer traf den Siebzigjährigen der Tod Altensteins, des Einzigen, welcher ihm noch von den Genossen aus einer großen Zeit an der Seite geblieben war. Der geistesverwandte Schüler Hardenbergs hatte in seinem Fach zum Segen des Landes gewaltet; bei jeder Gelegenheit hatte er dem morosen und sparsamen Könige neue Geldopfer zur Förderung preußischer Schulen und Universitäten abgewonnen und, mit treuer Sorgfalt wachend, dem Geiste der freien Forschung eine Stätte zu bewahren gewußt. Sein Hinscheiden war ein memento mori für den greisen Herrscher.

Eine glänzende Feier erlebte Friedrich Wilhelm III. noch. Es war nicht die der Buchdruckerkunst, eine Feier, welche der kleinliche Geist des Erfinders des „beschränkten Unterthanenverstandes" auf das ängstlichste einzuschränken bemüht war, sondern die Grundsteinlegung für das Denkmal Friedrichs des Großen, welches sich jetzt am Ende der Linden als das großartigste aller Denkmale mit wunderbarer Wirkung hoch zum Himmel erhebt. Es fehlte nicht an prächtigen Aufzügen von Soldaten und Bürgern; hier flatterten die zerschossenen Siegesfahnen des preußischen Heeres, dort die Banner und Standarten der Zünfte, Gewerke und Innungen und rauschend wallten die Flaggen hoch in der hellen Frühlingsluft. Aber der, dessen Pietät diese Feier hervorgerufen, erschien nur einen Augenblick, bleich und müde, am Fenster des Palais. Sein Ende nahte heran. Die älteste Tochter, die Kaiserin von Rußland, eilte herbei, den sterbenden Vater noch einmal zu sehen. Am Pfingsttage kam auch der stolze Schwiegersohn; er fand den König sterbend. Der Todestag desselben ist der 7. Juni 1840.

Es ist ein Gesetz, welches seit mehr als zwei Jahrhunderten im Hause Hohenzollern waltet, im allgemeinen zum Heil und Segen Preußens waltet, nach welchem der Nachfolger nie dem Vorgänger ähnlich ist. Der Redner wies dies in einem flüchtigen Ueberblick der preußischen Regentenreihe seit 1640 nach. So folgte auch jetzt auf den schlichten, nüchternen, prosaischen, allem genialischen Wesen geradezu abgeneigten Friedrich Wilhelm III. der geistvollste, gebildetste, dichterisch angeregteste Fürst, welcher je auf dem Hohenzollernthron gesessen. Das Bild dieses hochbegabten und doch so tragischem Geschick entgegengehenden Monarchen entwarf der Redner mit jener Pietät, welche das edle Streben und das Unglück verdient, und mit jener Zurückhaltung, welche den zu nahe stehenden geschichtlichen Größen gegenüber geboten ist. Aber auch die bloßen Umrisse, in welchen Prutz zeichnete, entbehrten der Deutlichkeit und des Lebens nicht.

Der tief und warm empfindende Sohn der edlen Luise, mit dieser hohen, für Alles, was Menschenherzen höher schlagen macht, entflammten Seele, dieses Musterbild einer hochgesteigerten, klassisch vollendeten Bildung, diese von allem Zauberlicht des Geistes umstrahlte Fürstengestalt war doch nicht der Mann, den die Zeit forderte. Ihm fehlte die unbeirrte Festigkeit und Beharrlichkeit eines praktischen Strebens, und die Fähigkeit zu Entsagen und zu Verzichten, der selbstüberwindende Gehorsam gegen das Gebot der Zeit und die zeugende Wärme, welche Thaten gebiert. Wir begreifen gar wohl, woher dieser Mangel bei einer so überreichen Natur stammte. Friedrich Wilhelm IV. war ein Zögling der Romantik, in deren „mondbeglänzter Zaubernacht" nur Dunstgebilde ziehen mit trügerischem Reiz, ein gesundes warmes Leben aber nicht gedeiht. Die Romantiker schauten rückwärts, statt vorwärts: was einst groß und herrlich gewesen war oder doch aus der Ferne gesehen so erschien, dafür schwärmten die Geister, welchen das Organ für das Verständniß der Gegenwart fehlte. In ihrer Athmosphäre war der edle Fürst aufgewachsen, sie hatte er mit empfänglichem Gemüth eingesogen, aus ihrem Zauberbann konnte er nicht heraus. Das war sein Verhängniß.

Die erste That des ersehnten und freudig begrüßten Monarchen war eine große und königliche. Er gab eine volle unbedingte Amnestie und setzte auch Arndt und Jahn, die Vorkämpfer deutschen Wesens, die inzwischen zu Greisen geworden waren, wieder in ihre Aemter ein.

Nun folgte die Erbhuldigung zu Königsberg. Den Ständen der Provinz wurde in romantischer Erneuerung eines bedeutungslos gewordenen Gebrauches, eine feierliche Bestätigung aller ihrer Rechte und Privilegien angeboten. Die Stände antworteten in einer Denkschrift, deren Verfasser, obgleich ein namenloser königsberger Kaufmann vorgeschoben wurde, nicht unbekannt waren. Es war niemand geringeres, als der alte geistesverwandte Genosse des großen Stein, der Oberpräsident von Schön, und die dem König persönlich nahestehenden edlen Brüder Auerswald. Und was begehrten die erleuchteten Vertreter des preußischen Stammlandes? Keine Sonderrechte, keine Freiheiten, sondern das eine, vor nun einem Vierteljahrhundert verheißene Gut: die Verfassung.

Der König antwortete in dem Landtagsabschiede vom 9. September in gnädigster, huldvollster Weise, aber er antwortete ablehnend. Was sein in Gott ruhender Vater in der Verordnung vom 22. Mai 1818 verheißen, das habe dieser selbst insoweit erfüllt, als es mit seinen Erfahrungen und seinem Gewissen vereinbar gewesen sei: er habe, „von den herrschenden Begriffen sogenannter allgemeiner Volksvertretung, um des wahren Heils Seines Ihm anvertrauten Volkes willen, sich fern haltend", allen Theilen der Monarchie eine provinzial- und kreisständische Verfassung verliehen. Diese zu pflegen und entwickeln sei ihm eine der wichtigsten und theuersten Pflichten des Königlichen Berufs.

So enttäuschend und entmuthigend auch diese ausdrückliche Abweisung des dringensten Wunsches des Volkes und der dringendsten Forderung der Zeit wirkte, so wurden doch Tausende und Hunderttausende wieder von der Zaubergewalt der gewinnenden großen Persönlichkeit fortgerissen, als der König am folgenden Tage hoch von den Stufen des Thrones herab zu den huldigenden Ständen Preußens und Posens sprach. Noch niemals hatte man so machtvolle, frisch aus der Seele quellende und doch wie in Erz gegrabene Worte von solcher Stärke vernommen. Der König gelobte ein gerechter Richter, ein treuer, sorgfältiger, barmherziger Fürst, ein christlicher König sein zu wollen. Er verhieß das Beste aller Stände mit gleicher Liebe zu pflegen. Er betete, daß Gott Preußen für sich und für Deutschland bewahre, „mannigfach und doch Eins, wie das edle Erz, das aus vielen Metallen zusammengeschmolzen, nur ein einiges edelstes ist — keinem anderen Roste unterworfen, als allein dem verschönernden der Jahrhunderte".

Und nicht minder gewaltig und königlich sprach der Monarch dann am 15. Oktober bei der öffentlichen Huldigung zu Berlin vor allem Volk. Er gelobte Preußen als Deutschlands Schild zu erhalten, er forderte Stände und Volk auf, ihm zu helfen, daß Preußen die preußischen Eigenschaften immer herrlicher entfalte, nämlich: Ehre, Treue, Streben nach Licht, Recht und Wahrheit, Vorwärtsschreiten in Altersweisheit zugleich und heldenmüthiger Jugendkraft". Er nahm das gelobende „Ja" der unermeßlichen Menge entgegen und gelobte sich selbst aufs Neue dem Dienste seines hohen Berufes zu. — Was Wunder, wenn dem feierlichen Ausdruck so edler und so echter Königsgesinnungen gegenüber Hoffnungen aufs Neue erwachten, welche seit jenem ablehnenden Bescheid an die preußischen Stände keine Berechtigung mehr hatten, kein Wunder, wenn gar Mancher vertraute, das Genie auf dem Throne werden neue, ungeahnte Wege finden, den Bedürfnissen der Zeit doch noch gerecht zu werden, trotzdem er ihre Forderungen ablehnte. Nur Wenige mochten damals die Freiheit des Blickes bewahren, und erkennen, daß der Monarch aus einer fremden, romantisch erträumten Welt in die Wirklichkeit hineinschaute, und diese Wirklichkeit eben deshalb nicht schaute, wie sie war. Bald folgten Enttäuschungen auf Enttäuschungen. Nur einmal noch — es war an einem sonnigen Sonntage am schönen Rheinstrom, bei der Grundsteinlegung zum Weiterbau des Kölner Doms, — erschollen noch aus des Königs Munde Worte, welche unzählige Herzen mit freudigen Hoffaungen für das große deutsche Vaterland erfüllten. Dann schwanden die verheißenden Sonnenblicke auf lange, lange Zeit.

A. B.

Berichtigung. In der Rezension über das Mallinger-Konzert muß es in der 3. Spalte statt: F-moll-Ballade (Chopin) **giebt** es nicht — **war** es nicht heißen.

* **Friedensboten.** Wenn die Belagerung von Paris noch einige Zeit dauert, so dürfte zu den übrigen Friedensboten, die in Versailles schon eingeflogen sind, auch ein weiblicher kommen. Die weibliche Gesellschaft für das Stimmrecht der Frauen in New-York hat nämlich jüngst beschlossene Im vollen Vertrauen auf die Macht der moralischen Macht in dem Problem des Weltfriedens, im Namen der amerikanischen Frauen Frau Emili: J. Merrimant zum Friedens-Advokaten und Kommissar der Gesellschaft zu ernennen und unverzüglich nach Europa zu senden, um dem Könige Wilhelm von Preußen und Jules Favre die Wichtigkeit des Friedens ans Herz zu legen und um denselben zu bitten.

* **Wenn nicht wahr, doch gut erfunden!** Aus dem Lager vor Paris wird Folgendes mitgetheilt: Neulich besuchte der König die Lazarethe; dabei traf er auch einen Patienten, der sich durch Erkältung auf Vorposten Rheumatismus im Rücken zugezogen hatte. Majestät unterhielt sich mit dem Kranken über die Strapazen und endlich that dieser die Aeußerung: „Ja, Majestät, um das aushalten zu können, muß man wirklich ein eisernes Kreuz haben." — „Das sollen Sie haben, mein Sohn", antwortete freundlich der König, und am anderen Tage hatte der Patient dasselbe.

* **Das neueste Pariser Bonmont** bringt der „Etoile b.lge." Er versichert, daß in Paris die heitere Laune und der Witz noch immer nicht geschwunden sind, und daß der Pariser sich selbst seine Mahlzeiten von Pferdefleisch zu würzen weiß. So heißt es jetzt, wenn es zu Tische geht, nicht mehr „madame est servie" (es ist angerichtet), sondern „à cheval!" (zu Pferde!)

falls wollen wir aber hoffen, daß diesmal die Geistlichkeit zur Tragung der Einquartierungslast herangezogen werden wird. Da die Mannschaften erst in einigen Tagen eintreffen, so können die zu ihrer Unterbringung nöthigen Anordnungen rechtzeitig getroffen werden.

— Nach dem Bericht eines **polnischen Emigranten** K. in Paris, der der Redaktion des krakauer „Kraj" per Ballonpost zugegangen und von ihr veröffentlicht ist, nehmen sämmtliche in Paris lebende waffenfähige polnische Emigranten, deren Zahl etwa 1500 beträgt, thätigen Antheil an der Vertheidigung der französischen Hauptstadt, indem sie theils in die Mobil- oder Nationalgarde, theils zu Franctireurbanden eingetreten sind. Die polnischen Schulgebäude in den Vorstädten Batignolles und Montparnasse sind zu Lazarethen eingerichtet, in denen vorzugsweise verwundete oder erkrankte Polen verpflegt werden. Da dem Berichterstatter zufolge die Polen an sämmtlichen bis jetzt stattgehabten Ausfällen hervorragenden — meist freiwilligen — Antheil genommen hatten, so ist eine große Zahl derselben im Kampfe bereits gefallen oder verwundet worden und die polnischen Lazarethe sind fast ganz belegt. Unter den Gefallenen werden genannt: Kaminski, Rozatowski, Jakubowski u. A. Der Berichterstatter der als Kapitän in der Nationalgarde dient, hat bei dem Kampfe mit preußischen Truppen vielfach Gelegenheit gehabt, die Haltung der preußischen Soldaten polnischer Nationalität zu beobachten, und giebt er hier rühmliche Zeugnisse, daß sie sich tapfer schlagen und auch im dichtesten Feuer nicht vom Platze weichen. Er selbst ist schon wiederholt beim Kampfe gegen sie engagirt gewesen; er spricht aber nicht das geringste Bedauern darüber aus, daß Polen gegen Polen kämpfen, rühmt sich vielmehr der gegen seine polnischen Landsleute vollbrachten Heldenthaten. Letztere schildert der Berichterstatter in naiver Weise also:

„Obwohl ich Kapitän bin, so führe ich dennoch den Karabiner und mache als tüchtiger Schütze den ausgiebigsten Gebrauch von dieser Waffe. Ich habe die Gewohnheit, so oft ich 10 Preußen niedergestreckt habe, ein Kreuz auf den Gewehrkolben einzuschneiden und zähle solcher Kreuze bereits 2½. Ich hoffe, daß noch mehr dazu kommen werden. Mein Karabiner ist ein ganz vortreffliches Chassepotgewehr. Vor Beginn der Schlacht segne ich mich mit dem Zeichen des Kreuzes und verrichte ein kurzes Gebet, daß ich unversehrt aus dem Kampfe herauskomme; nach beendigter Schlacht küsse ich meinen Karabiner, der mir so gute Dienste geleistet hat."

Die Redaktion des krakauer „Kraj" theilt als Kuriosum mit, daß ihr von der Quästur des **Norddeutschen Reichstages** ein mit dem Reichstagessiegel verschlossenes Schreiben zugegangen sei, worin sie um die kostenfreie Uebersendung eines Gratis-Exemplars des „Kraj" an den Reichstag für die Dauer der gegenwärtigen Session ersucht wird. „Das ist doch eine ökonomische Quästur" fügt die Redaktion hinzu.

— Die Zeitungen, deutsche wie polnische, veröffentlichten seiner Zeit den Wortlaut der Rede, welche Professor **Kinkel** am 23. Oktober bei der Eröffnung des **polnischen Museums** in **Rapperswyl** hielt und worin er einerseits die leidenschaftliche Parteinahme der Polen für die Franzosen und gegen die Deutschen für ungerechtfertigt erklärte, andererseits die polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen in die durch das Nationalitätsprinzip ihnen vorgezeichneten Schranken zurückwies. Diese Rede hat ungeachtet der wärmsten Sympathien, welche der als Polenfreund bekannte Redner für die polnische Sache aussprach, großen Anstoß bei den Polen erregt und ein einstimmiges Verdammungsurtheil gegen sich hervorgerufen. Der „Dziennik pozn.", der die Kinkelsche Rede ebenfalls zum Gegenstande der Besprechung macht, wirft dem gelehrten und polenfreundlichen Redner Unkenntniß der Geschichte, deutsche Engherzigkeit und kindliche Naivetät vor. Das polnische Blatt sucht die Sympathien der Polen für die Franzosen durch die Geistesverwandtschaft und den gleichartigen Charakter beider Nationen sowie durch die polnische Tradition zu rechtfertigen und als durchaus natürlich darzustellen. Am meisten hat den „Dzienn. pozn." die Forderung Kinkels empört, daß die Polen auf die größtentheils germanisirten preußisch-polnischen Provinzen freiwillig Verzicht leisten sollen. Er erklärt sich zwar bereit, auf Königsberg zu verzichten, hält aber den Anspruch auf Ostpreußen, Masuren, Westpreußen und Posen sowie auf alle Länder, in denen noch Polen wohnen, entschieden aufrecht und erklärt Jeden, der diesen Anspruch nicht anerkennt, für einen Feind der polnischen Sache. Schließlich macht das Polenorgan dem Rapperswyler Festkomite einen bitteren Vorwurf daraus, daß es dem Professor Kinkel gestattet habe, bei einer so erhebenden Feier Meinungen öffentlich auszusprechen, welche mit den Bestrebungen der Polen in schroffem Widerspruch stehen.

— **Bei der Vorwahl der Stadtverordneten** am Sonnabend einigten sich die Anwesenden über die Aufstellung folgender Kandidaten: Kaufmann L. Jaffe, Rechtsanwalt Bertheim, Kaufmann H. Markus, Hausbesitzer und Seifensieder R. Rehfeld. Herr Rechtsanwalt Dockhorn war gleichfalls in Vorschlag gebracht worden, erhielt jedoch von 19 anwesenden Stimmen nur 9 und fiel gegen Rechtsanwalt Bertheim.

— **Die Wahl des Fürsten Roman Czatoryski** aus Rokossowo zum Abgeordneten für den westpreußischen Wahlkreis Löbau scheint doch nicht ganz gesichert zu sein, obgleich daselbst 104 polnische Wahlmänner 52 deutschen gegenüberstehen. Eine Thorener Korrespondenz des „Dziennik" deutet an, daß die löbauer Wahlmänner noch 2 andere polnische Kandidaten Hrn. D. aus M. und Hrn. T. J. aus L., aufstellen, hofft aber, daß im Interesse der Solidarität Niemand gegen den Fürsten Czatoryski stimmen wird.

— **Hrn. Theater-Direktor Schäfer** wurde seitens der Stadtverordnetenversammlung in der Sitzung am Mittwoch, wie bereits mitgetheilt, ein Erlaß von 50 pCt. an der Theatermiethe vom 1. Oktober d. J. bis Ende März 1871, und ein Erlaß von 25 pCt. am Gaspreise vom Tage der Beschlußfassung bis Ende März 1871 bewilligt, während der Magistrat einen Erlaß von 50 pCt. an Miethe und Gaspreis beantragt hatte. Wie verlautet, hat nun die Direktion der Gasanstalt in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, gegen diesen Beschluß Protest zu erheben, da es Sache der Stadtverordneten gewesen wäre, sich mit der Direktion der Gasanstalt wegen dieser Angelegenheit ins Einvernehmen zu setzen. Es sei hier bemerkt, daß der Hrn. Schäfer am Gaspreise bewilligte Erlaß, wenn Hr. Schäfer wöchentlich fünf Mal das Stadttheater benutzt, sich auf etwa 160 Thlr., und der Erlaß an Theatermiethe auf etwa 360 Thlr. beläuft. Da der polnischen Theatergesellschaft, welche das Stadttheater zwei Mal wöchentlich benutzt, ein gleicher Erlaß gewährt worden ist, so beläuft sich derselbe auf 60 Thlr. am Gaspreise, 150 Thlr. an der Theatermiethe. Unseres Erachtens freilich noch viel zu wenig zur Förderung eines kommunalen Kunstinstituts.

— **Eine Verordnung** des kgl. Konsistoriums zu Posen vom 14. Novbr. lautet: Bei den gegenwärtigen Wahlen ist wiederholt der Fall vorgekommen, daß die Benutzung **evangelischer Kirchen als Wahllokal** in Aussicht genommen und bereits die Vorladung der Wahlmänner dorthin veranlaßt ist, ohne daß dazu die erforderliche Erlaubniß von uns erbeten worden. Wir machen deshalb für künftige Fälle darauf aufmerksam, daß jede Benutzung einer Kirche zu außerkirchlichen Zwecken ohne Zustimmung des Gemeinde-Kirchenraths und ohne unsere Genehmigung unzulässig ist. Es wird zugleich keiner weiteren Nachweisung bedürfen, daß die Abhaltung politischer Wahlen in der Kirche, namentlich da, wo die Mehrzahl der Wahlmänner der evangelischen Kirche nicht angehört, ihre sehr bedenklichen Seiten hat. Es wird deshalb künftig auf unsere Zustimmung dazu nicht zu rechnen sein.

Er. **Grätz**, 24. Nov. [Diskonto-Gesellschaft. Qui proquo. Chausseebau.] Die hiesige Diskontogesellschaft hat nach dem vom Vorsitzenden in der kürzlich stattgehabten Generalversammlung gegebenen Verwaltungsberichte für die ersten Quartale einen Gesammtumsatz von 55,000 Thlr. gemacht und sind die erzielten Geschäftsresultate sehr günstig. Für das künftige Jahr wurden in den Vorstand die Herren Kaufmann A. Herzfeld (Direktor), Apotheker Rupprecht (Kassirer), Bäckermeister H. Frost (Kontrolleur), gewählt. Mit dem Beginn des nächsten Jahres kann der Verein unter besondern Bestimmungen auch Mitglieder, welche nur 25 Thlr. auf ihr Guthaben beim Eintritt in den Verein zahlen, aufnehmen; bis jetzt mußten bei der Aufnahme 100 Thlr. eingezahlt werden. — Als neulich einige französische Kriegsgefangenen, welche auf einem benachbarten Gute zur Arbeit engagirt waren, unserer Stadt einen Besuch abstatteten, ereignete sich folgende ergötzliche Scene. Auf Veranlassung zweier Bäuerinnen trat einer der die Franzosen neugierig umstehenden und begaffenden polnischen Bauern an einem derselben mit der Frage heran, ob er ihm nicht sagen könne, was der Papst in Rom mache? Da der Franzose kein Wort polnisch verstand und deshalb auf die noch mehrmals wiederholte Frage des Bauern immer nur antwortete: Comment? je ne vous comprends pas, was unser Bauer wiederum nicht verstand, so wurde dieser schließlich zornig und wandte sich mit den Worten: To psia krew Niemiec (das ist ein deutscher Hund) enttäuscht von ihm und ging unter dem Gelächter der Menge seiner Wege. — Die technischen Vorarbeiten der projektirten Chaussee Grätz-Opalnica sind beendigt, auch werden in kurzer Zeit die Bauanschläge angefertigt sein und die Arbeiten vergeben werden können. Der Postverkehr zwischen hier und Opalenica-Bahnhof ist trotzdem, daß wir täglich nur einmal Anschluß nach Posen und Berlin haben, ein ziemlich frequenter und wird, sobald die Chaussee fertig sein wird, noch belebter werden.

Zirke, 23. Nov. [Apotheke. Arzt. Submission. Brücke. Stempeldebit.] Die hiesige Apotheke, im bisherigen Besitz der Wittwe Schlundt, ist nun mehr käuflich für die Summe von 18,500 Thlr. an den Apotheker Rothe aus Fraustadt übergegangen. Derselbe hat die Apotheke für seinen Sohn, der gegenwärtig Feldapotheker ist, gekauft, und wird sie ihm bei seiner Rückkehr vom Feldzuge übergeben. Bis dahin wird sie vom Rothe sen. verwaltet werden, und ist ihm gestern übergeben worden. — Seit der Mobilmachung ist die hiesige Stadt ohne Arzt, da der hiesige prakt. Arzt Dr. Hoffmann eingezogen ist. Bei vorkommenden Krankheitsfällen muß ärztliche Hülfe aus dem 2 Meilen von hier entfernten Birnbaum, wo z. Z. 4 Aerzte sind, geholt werden. — Die Submission des für das hiesige Landgestüt pro 1871 erforderlichen Haferbedarf von 9200 Schffln. hat bereits stattgefunden, und ist die Lieferung 6 Lieferanten von hier, einem aus Birnbaum und einem aus Wronke übertragen resp. der Zuschlag auf ihr Minus-Gebot ertheilt worden. — Die hiesige Warthebrücke, welche im vorigen Jahre durch den Eisgang bedeutend gelitten hatte, ist in diesem Jahre mit einem nicht unbedeutenden Kostenaufwande reparirt worden. — Seitdem der hiesige Stempeldistributeur P. den Debit des Stempelpapiers zc. aufgegeben hat, sind die hiesigen Bewohner genöthigt die Stempelsachen von Birnbaum zu beziehen, was mit vielfachen Umständen und Kosten verbunden ist. Es wäre daher im Interesse des Publikums sehr zu wünschen, wenn der Debit des Stempelspapiers, Abstempelung von Kontrakten, einem hiesigen städtischen Beamten übertragen würde.

Der **Verlust-Liste Nr. 112** entnehmen wir die Verluste an Offizieren und denjenigen Mannschaften, welche unserer Provinz angehören.

(Schluß)

Patrouillengang nach der Montrech-Stouanze am 10. November 1870.

3. Posensches Infanterie-Regiment Nr. 58.

Musk. Thomas Kaczinski aus Siernicki, Kreis Kosten. S. v. S. in d. r. Oberarm und Brust. Nach 3 Stunden auf Feldwache Nr. 6 an seinen Wunden gestorben.

Auf Patrouille in St. Cloud am 12. November 1870.

Musk. Andreas Leonarczyk aus Gerlachowo, Kreis Kosten. T. S. in d. Brust. Musk. Joseph Patelski aus Blogewo, Kreis Kosten. T. S. d. d. Herz. Musk. Johann Wessels aus Warbeyen, Kr. Clewe. Verm. Wahrscheinlich als Verwundeter in Gefangenschaft gerathen.

Patrouillengang nach St. Cloud am 8. November 1870.

Musk. Joseph Hoffmann aus Buk. L. v. S. a. r. Unterschenkel. Laz. Versailles. Gefr. Lorenz Wieczorek aus Zielomysl, Kr. Meseritz. L. v. Streifsch. a. r. Fuß. Laz. Versailles.

Auf Vorposten bei Vaucresson am 8. November 1870.

4. Posensches Infanterie-Regiment Nr. 59.

Musk. Albert Schild aus Rawicz, Kreis Kröben. S. d. d. l. Wade. Hospice Marnes.

Auf Vorposten bei Bougival am 5. November 1870.

Westphälisches Füsilier-Regiment Nr. 37.

Füs. Casimir Dudlik aus Nagradowice, Kreis Schroda. S. v. S. in den Oberschenkel. Laz. Versailles.

Auf Vorposten in L'Hay am 5. November 1870.

4 Oberschlesisches Infanterie-Regiment Nr. 63.

Sec.-Lt. Scholz aus Neisse. T. Granatspl. in d. r. Seite mit vollständiger Zerreißung der Leber.

Gefecht bei Dijon am 30. Oktober 1870.

Pommersches Füsilier-Regiment Nr. 34.

Füsilier Friedrich Marks aus Miasteczko, Kr. Wirsitz. L. v. a. Arm. Lazareth Gray.

Auf dem Marsch von Sentheim nach la Chapelle am 2. November beim Dorfe Gr. Magny.

2. kombinirtes Pommersches Landwehr-Regiment.

Gefr. Georg Sypniewski aus Zurawi, Kreis Schubin. L. v. S. in d. r. Ohrmuschel. Bei der Truppe.

Gefecht von Geberswweiler am 30. Oktober 1870.

Wehrm. Gottl. Stabenow aus Bunow, Kreis Czarnikau. L. v. Streifsch. am Fuß. Im Revier.

Vorposten vor Schlestätt am 19. Oktober 1870.

Wehrm. Julius Krämer I. aus Glinke, Kreis Bromberg. L. v. Kontusion a. Kopf. Kantonnements-Lazareth.

Auf der Patrouille nach Meaux am 13. September 1870.

Pommersches Husaren-Regiment (Blüchersche Husaren) Nr. 5.

Sergt. Ludwig Mueller aus Schönlanke, Kr. Czarnikau. Verm.

Auf der Patrouille nach Lally am 19. Oktober 1870.

Hus. Johann Kokocinski aus Bruczebo, Kr. Gnesen. Verm. Hus. Johann Rosnowski aus Kamieniec, Kr. Gnesen. Verm.

Gefecht bei le Chatelet am 29. September 1870.

Hus. Friedrich Johann Janke aus Dreidorf, Kr. Wirsitz. L. v. Schrotschuß i. d. Oberschenkel. Verblieb beim Truppentheil.

Gefecht bei Vinas am 25. Oktober 1870.

Schlesisches Husaren-Regiment Nr. 4.

Sec.-Lt. v. Wrochem aus Koppinitz, Kr. Tost-Gleiwitz. L. v. Bajonettstich i. l. Oberschenkel. Bei der Eskadron.

Schlacht bei Sedan am 1. September 1870.

4. Kavallerie-Division.

Maj. v. Versen, S. v. Streifsch. am Unterleib und Zerschmetterung d. Fußes d. Granatsplitter. In Privatpflege in Neuwied.

R. Prutz im Posener Handwerkerverein.

Am letzten Freitag hielt R. Prutz im Posener Handwerkerverein den zweiten seiner beiden Vorträge über: „**Friedrich Wilhelm, den großen Kurfürsten, als Vorkämpfer Deutschlands und Begründer der Preußischen Staatsmacht.**" Als der große Kurfürst zur Herrschaft gelangte, lagen seine Lande in drei von einander getrennten Stücken da: Cleve, die Mark und Ostpreußen. Unter so ungünstigen Verhältnissen war es, wie er selbst es in einer noch erhaltenen Denkschrift ausführt, zunächst sein Streben, ein wenn auch nicht zu fürchtender einzelner Feind, so doch ein achtungswerther Bundesgenosse zu sein. Dazu bildete er das erste stehende Heer, eine kleine Armee von 3000 Mann, für deren Unterhalt er aus eigenen Mitteln sorgte, ohne von einer ständischen Bewilligung abhängig zu sein. Zu diesem Zwecke führte er eine Verbrauchssteuer, die Akzise, ein. Im Anfange seiner Regierung mußte er sich noch einem demüthigenden Akte unterziehen, indem er mit großem Prunke nach Warschau reiste und hier als Besitzer Ostpreußens von seinem Lehnsherrn, dem König von Polen, Johann Kasimir, knieend das Lehen empfing. Erst 20 Jahre später, nach einer Zeit von Mühe und Arbeit, gelangte er dazu, dieses drückende Verhältniß von sich abzuschütteln. Eine, ihm von Johann Kasimir angetragene Verheirathung mit dessen Tochter schlug er aus, indem er sagte, „er sei noch zu jung zum Heirathen; seine Braut sei sein Schwert." Dagegen war es sein Bestreben, die Tochter Gustav Adolfs von Schweden, die exzentrische Christine, zu heirathen. Er schloß mit Schweden Waffenruhe, doch hintertrieb der schwedische Kanzler Oxenstierna das Eheprojekt, Christine blieb unvermählt, und der große Kurfürst schloß mit Luise Henriette, der Tochter des Statthalters von Holland, Prinzen von Oranien, eine Ehe nach der Wahl seines Herzens (1646). Bald darauf wurde der westphälische Friede geschlossen, durch welchen Cammin und Hinterpommern zu Brandenburg gelangte. Zwar hatte der große Kurfürst nach dem mit den früheren pommerschen Herzögen geschlossenen Erbvertrage ganz Pommern zu beanspruchen; doch blieb Vorpommern im Besitze der Schweden, und erhielt dafür der große Kurfürst als Ersatz Halberstadt, Minden und die Aussicht auf den Besitz von Magdeburg. So wurde durch diesen Besitz eine Brücke zwischen der Mark und dem Besitzthum Cleve gebildet. Der Redner nahm hierbei Gelegenheit, die damalige Politik Frankreichs zu erläutern, die schon zu jener Zeit selbstsüchtig und aller sittlichen Motive baar war; es war eben die weltliche Politik der Päpste, welche durch einen Richelieu von Italien nach Frankreich verpflanzt worden war. Diese unsittliche Politik Frankreichs offenbart sich vornehmlich auch darin, daß Richelieu die Protestanten in Frankreich aufs Blutigste verfolgte, in Deutschland aber während des 30jährigen Krieges unterstützte, nur um die selbstsüchtigen Pläne der französischen Politik in Deutschland durchzusetzen. In wie hohem Maaße dies gelang, zeigt eben der westphälische Friede, durch welchen Deutschland geviertheilt wurde, und gegen 2000 Quadratmeilen Landes verlor. — Nach diesem Frieden war der große Kurfürst eifrig bemüht, sein Heer zu vergrößern, so daß er bald über 26,000 Mann verfügte, und mit diesen erfolgreich in den zwischen Karl X. von Schweden und Johann Kasimir von Polen ausgebrochenen Krieg eingreifen konnte. Auf Seite Schwedens kämpften die Brandenburger die dreitägige siegreiche Schlacht bei Warschau (1657), und begründeten hier den brandenburgischen Waffenruhm. Es ist bekannt, wie der große Kurfürst nun sich mit den Polen verbündete, und durch den Frieden zu Oliva (1660) die Souveränität über Ostpreußen erlangte. — Der Redner erläuterte ferner die Kämpfe, welche der große Kurfürst mit den Ständen Ostpreußens führte, und bezeichnete sein Auftreten diesen gegenüber zwar als ein hartes, gewaltsames, aber durch die Umstände gerechtfertigtes. Der Begriff des souveränen Staates gegenüber dem verrotteten mittelalterlichen Ständewesen hatte sich erst nach dem westphälischen Frieden gebildet, und konnte sich zunächst nur in dem souveränen Fürsten verkörpern, der im Dienste einer großen Idee sich bisweilen genöthigt sah, hart und gewaltthätig aufzutreten. Der Widerstand der Königsberger wurde gebrochen, als sie den Huldigungseid erst nach Bestätigung ihrer Privilegien leisten wollten, und ihr Bürgermeister Rohde lebenslänglich in Haft gehalten. Als Nachspiel zu diesen Kämpfen ließ der große Kurfürst den Verschwörer v. Kalkstein gegen Fug und Recht in Warschau verhaften und in Königsberg hinrichten. — Der Redner erörterte weiter die durch die perfide Haltung Oesterreichs in die Länge gezogenen und vereitelten Kämpfe der brandenburgischen Truppen gegen die Franzosen zum Schutze Hollands und später der Pfalz; dann die glorreichen Kämpfe des großen Kurfürsten gegen die Schweden, welche auf Anstiften Frankreichs in die Mark eingebrochen waren (Rathenow, Fehrbellin) und später auch von Liefland in Ostpreußen eindrangen (Schlacht bei Tilsit). Leider erwuchs aus diesen siegreichen Kämpfen für Brandenburg kein Gewinn, indem der deutsche Kaiser den großen Kurfürsten im Stich ließ, und auf diese Weise Vorpommen durch den Frieden von St. Germain bei Schweden blieb. Der Redner beleuchtete nun weiter die Bemühungen des großen Kurfürsten, eine Flotte zu gründen, und Kolonien in Afrika anzulegen, sowie den Schutz, welchen er den aus Frankreich vertriebenen Protestanten angedeihen ließ, wodurch höherer Gewerbfleiß und feine Sitte nach Deutschland verpflanzt wurde, und erörterte schließlich die mancherlei Bekümmernisse im Familienleben des großen Mannes, hervorgegangen aus den Bestrebungen seiner zweiten Gattin, Dorothee, für ihre Kinder Vortheile zu erringen. Es ist bekannt, daß das Testament des großen Kurfürsten, nach welchem zu Gunsten dieser Kinder die Mark getheilt werden sollte, nach seinem Tode für ungültig erklärt wurde. Der Redner schloß mit dem Wunsche, daß wir Alle an dem Testamente, welches der große Mann seinem Volke hinterlassen habe, dem Vermächtnisse der Arbeitsamkeit und Entsagung, festhalten möchten. Dann würde Deutschland auch stets mächtig bleiben.

Aus dem Gerichtssaal.

Leipzig, 25. Nov. [Auch ein Preßprozeß.] Paul Lindau, der harmlose Kleinstädter, war bekanntlich wegen einer Persiflage des National-Epos „Die Völkerschlacht von Leipzig" vom Verfasser desselben, Professor Minckwitz in Leipzig, verklagt worden, hatte aber nichts desto weniger in einem zweiten Briefe im „Salon" den Herrn Professor in seiner Würde als Schriftsteller, Dichter und Mensch derartig zu beleidigen gewagt, daß er in einer neuen Privatklage wegen Ehrenkränkung zu zwanzig Thalern Geldbuße verurtheilt wurde. Dieser Brief des Kleinstädters, welcher den Richter der ersten Instanz zur Verurtheilung bewog, enthielt folgende Stellen. Zunächst schildert der Kleinstädter eine Unterredung mit seinem Dienstmädchen, das ihn verlassen will, weil er entehrt sei, denn Professor Minckwitz habe ihn verklagt; darauf verabschiedet sich der Kleinstädter von dem Dienstmädchen und sagt ihr zu guter letzt: „Noch einen Dienst erweisen Sie mir zum Abschied, den letzten: thun Sie mir doch den Gefallen und nehmen Sie den „Neuhochdeutschen Parnaß" zum Andenken an mich mit. Sie brauchen ja immer Papier zum Fensterputzen. Leben Sie wohl, Trine!" Der Kleinstädter bleibt allein und hält folgenden Monolog: „Entehrt bin ich, entehrt! Verkannt, verklagt! Wie anders, Kleinstädter, war's dir, als du noch voll Unschuld im „Salon" dicht bewegtest, halb faule Witze, halb Minckwitze im Kopfe, Kleinstädter! Johannes wendet sich von mir, und

„Wo ich ihn nicht hab',
Ist mir das Grab."

Der „Salon"-Artikel schildert nun in scherzhafter Weise den Lauf, welchen der Prozeß nehmen und die entsetzlichen Folgen, welche sich daraus für den Kleinstädter ergeben werden. Der Kleinstädter wird vor die Geschworenen gestellt, es wird eine vollständige Gerichtsverhandlung geschildert. In dieser Gerichtsverhandlung sind es namentlich folgende Momente, welche dem Richter als beleidigend für den Privatcharakter des Klägers Minkwitz erschienen sind: Präsident: Sie sind beschuldigt, im „Salon" ein Gedicht unter dem Namen des allverehrten Herrn Professors Johann Hoff — Minckwitz wollte ich sagen, veröffentlicht zu haben. Ferner: Der Präsident: Angeklagter, haben Sie die Gedichte von Professor Minckwitz gelesen? Angeklagter (in großer Aufregung): Niemals, Herr Präsident, niemals! Meine Vergangenheit ist lauter. Präsident: Weshalb haben Sie die Gedichte nicht gelesen? Angeklagter: Ich habe mich vergeblich abgemüht den Band zu erhalten. Bei drei Freunden, die eine ausgewählte Bibliothek besaßen, habe ich sie mir leihen wollen, zwei wollten mich wegen Injurien verklagen, der Dritte warf mich die Treppe hinunter. Die Gedichte scheinen so verlegt zu sein, daß sie Niemand finden kann. — Der Vertheidiger plaidirt für Unzurechnungsfähigkeit, der Kleinstädter sei offenbar blödsinnig, da sich von einem Menschen mit gesunden Verstandeskräften wohl annehmen ließe, daß er den Namen eines Göthe, Schiller, Lessing, Heine, Geibel u. s. w. mißbrauche, „daß man aber", fährt der fingirte Advokat fort „den Namen Minckwitz als Dichter mißbraucht, das, meine Herren Geschworenen, läßt sich aus nichts Anderem erklären, als aus der völligen Lähmung der Verstandeskräfte bei dem Angeklagten." Auch fand der Richter noch eine symbolische Beleidigung darin, daß in dem Briefe das Bild des Verfassers enthalten war, das derselbe dem Verfasser der „Völkerschlacht von Leipzig" aus Freude über den angestrengten Prozeß weihen wollte, und das den harmlosen Kleinstädter in der Rückenansicht darstellte. Gegen das Urtheil erhob Paul Lindau Einspruch und fand am 17. November die Verhandlung vor dem Bezirksgerichte zu Leipzig statt. Der Angeklagte sprach sich ungefähr in folgender Weise aus: Er sei der festen Ueberzeugung, daß die Satyre eine vollständig berechtigte

Form der literarischen Kritik sei, daß es dem Schriftsteller frei stehe, den Schriftsteller mit den schärfsten Waffen des Witzes anzugreifen. Es handele sich demnach nur darum, ob er die Person des Professors Minckwitz angegriffen habe oder nicht. Wenn aber der erste Richter dieses angenommen und ihn verurtheilt habe, so thue er ihm Unrecht, denn er kenne persönlich den Herrn Professor durchaus nicht, habe ihn sogar niemals mit den Augen gesehen. Der Verfasser des National-Epos habe ihm literarisch wehe gethan, und er habe seine Wunden durch literarischen Balsam zu heilen gesucht. Daher habe er auch den Namen des „Privatmannes" Minckwitz nie genannt, sondern nur vom „Epiker" oder „Literarhistoriker" gesprochen. Wenn sich Leute fänden, die seine vielleicht etwas zu derben Späße für unerlaubt hielten, so müsse er behaupten, daß sie zahm seien gegen die Kritik Heinrich Heine's, der Nikolaus Becker z. B. ganz anders gegeißelt habe, da er den Vater Rhein redend einführt:

„Zu Biberich habe ich Steine verschluckt,
Wahrhaftig, sie schmeckten nicht lecker!
Doch schwerer liegen im Magen mir
Die Verse von Niklas Becker.
Das dumme Lied und der dumme Kerl ꝛc."

Und doch hat dieser „dumme Kerl" es nicht für nöthig gehalten, sofort auf das Gerichtsamt zu laufen und sich seine literarische Bedeutung durch richterliche Erkenntniß bestätigen zu lassen. Aehnliche Fälle könnte er hundert und aber hundert anführen und den Beweis liefern, daß das, was er über den Professor Minckwitz gesagt, sehr gelinde und mild ist im Vergleich zu dem, was vor ihm andere Schriftsteller über ihre dichtenden Kollegen ungestraft geäußert hätten. Was die drei Punkte beträfe, wegen deren er hauptsächlich wohl verurtheilt worden sei, nämlich die Verbindung von „faule Witze" und „Minckwitze", die Antwort des angeklagten Kleinstädters: „Meine Vergangenheit ist lauter", und endlich den Holzschnitt, der seine Rückansicht darstellte, so sei das angeblich Strafwürdige darin leicht zu widerlegen. Der Passus: „Wie anders, Kleinstädter, wars Dir ꝛc.", sei, wie Jedem ersichtlich, der Stelle aus Faust nachgebildet: „Wie anders, Gretchen, war Dirs ꝛc.", d. h. der Kleinstädter fühlte, wie Gretchen ihrer anatomischen, sich seiner literarischen Unschuld beraubt, und da er nicht sagen konnte: „halb Kinderspiele, halb Gott im Herzen", so sagte er: „halb faule Witze, halb Minckwitze im Herzen." Sollte vielleicht schon der bloße Anklang des Namens mit dem Worte „Witz" strafbar sein? Das sei doch geradezu unglaublich! Wie könnte ferner durch die Antwort: „Niemals! Meine Vergangenheit ist lauter" auf die Frage, ob er die Minckwitzschen Gedichte gelesen, der Bürger Minckwitz beleidigt werden? Er habe doch wahrlich nichts weiter damit gesagt, als daß er seine Zeit niemals mit dem Lesen schlechter Gedichte vergeudet habe. Schließlich werde der dritte Punkt der Anklage in dem Bilde von seiner Rückansicht gefunden. Für denjenigen, welcher den Brief ohne den Wunsch liest, darin um jeden Preis Beleidigungen zu suchen, der könne nur finden, daß nichts Anderes als ein einfacher Scherz, eine symbolische Darstellung der Anonymität der Zweck des Bildes gewesen. Daß man aber in dieser Anonymität einen weiteren Grund zur Erschwerung der Anklage habe erblicken wollen, sei durchaus hinfällig, da er als Verfasser der Briefe des harmlosen Kleinstädters längst vor dem beanstandeten Artikel bekannt gewesen sei. Niemals habe er aus der Anonymität die Vortheile eines Pasquillanten ziehen wollen. Nachdem er dann noch einmal betheuert, daß es ihm nie in den Sinn gekommen sei, den ihm persönlich gänzlich unbekannten Professor in irgend einer andern Eigenschaft als in seiner literarischen anzugreifen, behauptete er, daß es ihm auch im Jahre 1870 vergönnt sein möchte zu sagen, was Molière einst über einen anderen schlechten Dichter sagte:

„Was braucht zu solchem Zorn mein Wort ihn zu entfachen?
Man kann sehr bieder sein und schlechte Verse machen.
Denn solche Dinge gehen die Ehre gar nichts an!
Und ich erkenne gern in ihm den Ehrenmann,
Verdienst und Muth und Rang und was er sonst begehrt. —
Die Verse, die er macht, sind aber gar nichts werth."

Nach dieser glänzend vorgetragenen Vertheidigungsrede zog sich der Gerichtshof zur Berathung zurück und nach 1½ Stunde wurde Paul Lindau der harmlose Kleinstädter, auch von Gerichts wegen für harmlos befunden und von Strafe und Kosten völlig freigesprochen.

Vermischtes.

* **Ueber die Diamantenfelder in Südafrika** berichtet der „Port-Elizabeth-Telegraph" vom 30. September: „Die Nachrichten der letzten vierzehn Tage sind nicht sehr versprechend, von den Diamantensuchern, aus Port-Elizabeth haben nur wenige Erfolg gehabt und manche derselben denken an die Heimkehr. Andere sind zufrieden mit ihren Resultaten. Einige werthvolle Sammlungen von Diamanten sind kürzlich von hier nach Europa verschifft worden, der im Schiffsmanifeste erklärte Werth derselben betrug für 387 Stück: 15,475 L., es wird aber angenommen, daß der wirkliche Werth größer ist. Unter den Suchern in den Diamantfeldern befinden sich zwei koloniale Obrigkeitspersonen, vier Gerichts-Anwälte, vier Mediziner und eine Schaar von „Mitgliedern der Presse." Ein Herr Babe, der gegen Ende September aus den Diamantenfeldern nach King-Williamstown zurückgekommen war, hatte 75 kleine Diamanten mitgebracht, durchschnittlich von ½ Karat Gewicht und schönstem Wasser. Außerdem hatte er einige Rubinen, Granaten und Bergkrystalle gefunden. Dieser Unternehmer war ziemlich glücklich gewesen, versicherte aber, bei dem Geschäfte des Diamantgrabens würde nicht Einer aus fünfzig seine Rechnung finden. Das Klima der Gegend, wo die Diamantengruben sich finden, wird als höchst drückend und ungesund geschildert."

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wasner in Posen.

Pommersche Gänsebrüste, Frische fette Kieler Sprotten, Aalroulade, Gelée-Aal, Astrach. Caviar, Sardines à l'huile, Neunaugen, echte Braunschw. Cervelat- und Trüffelleberwurst

empfiehlt

Eduard Feckert jun.,
Berliner- u. Mühlenstr.-Ecke.

Chokoladen

von Starker und Pobuda aus Stuttgart, d'Heureuse aus Berlin, von 12 Sgr. bis 1 Thlr. das Pfund,
empfiehlt die Konditorei von

A. Pfitzner
am Markte.

Schuhmacherstr. 11 (Posthalterei) ein möbl. zweifenstriges Parterre-Zimmer zu vermiethen.

In den Gebäuden der Königl. Louisen-Schule sind 2 Läden zu vermiethen. **Dr. Barth.**

Ein möbl. Zimm. wird gesucht. Offert. sub **A. B.** an die Expedition dieser Zeitung.

2 St. n. Zub. 1 Et. sind Hinterwall. 3 v. 1. Jan. für 60 Thlr. zu verm. Näh. Kl. Gerberstr. 7, 1 Et.

Ein junger Mann, der sich durch Beschäftigung bei einem Oberförster soviel Kenntnisse erworben, daß er mit dem Forstwirthschaftsbetrieb in Bezug auf Buchführung, Listen- und Tabellenwesen, Anlage von Saatkämpen, Leitung der Forst-Culturen und des Einschlages, der Vermessung und Aufstellung der Hölzer vertraut ist, polnisch soviel versteht, daß er sich nothdürftig verständigen kann, auch den Nachweis einer untadelhaften Führung beizubringen vermag, findet ein gutes und dauerndes Unterkommen. Adressen werden sub **F. B.** poste restante **Bythin** franco erbeten.

Ein Wirthschafts-Inspektor und ein Wirthschaftsschreiber,

der polnischen und deutschen Sprache mächtig, finden Stellung vom 1. Jan. 1871 auf dem Dom. **Przygodzice** bei Ostrowo.

Dom. **Biodrusko** wünscht zum 1. Januar 1871 einen **Gärtner** zu engagiren. Gehalt 40 Thaler. Persönliche Vorstellung gewünscht.

Das Dom. **Gr.-Gutowy** bei **Wreschen** sucht zum 1. Januar 1871 einen anständigen tüchtigen Beamten beider Landessprachen mächtig. Pers. Vorstell. erw. Gehalt 100 Thlr

Ein der polnischen Sprache mächtiger, unverheiratheter

Wirthschafts-Beamter

findet von Neujahr Stellung. Das Nähere zu erfragen unter der Adresse **W. P. # 17** p. r. franco **Kischkowo.**

Einen tüchtigen

Buchhalter

zum sofortigen Antritt oder vom 1. Janua r. J. ab sucht

S. J. Mendelsohn,
Möbel Magazin.

Einen tüchtigen

Hof-Verwalter,

der polnischen und deutschen Sprache mächtig, sucht das Vorwerk **Carlshoff** bei Gaesen Gehalt 60 Thlr

Ein tüchtiger Commis,
Detaillist, mosaischer Religion, der sehr gut polnisch sprechen kann, findet in meinem Colonial- u. Farbewaaren-Geschäft zum 1. Dezemb. cr. Engagement. Nur persönliche Vorstellungen werden berücksichtigt.
J. Blumenthal in Posen.

Früher Kolskische Apotheke.
Ich suche pro 1. Januar 1871 noch einen

Eleven

der ½ Jahr Sekundaner gewesen ist.
Posen. Apotheker **Kirschstein.**

Oelfarbendruck-Verein „GERMANIA".

Bei der heute unter Leitung des Königl. Justizraths Hrn. Drews stattgefundenen öffentlichen Verloosung der Prämien unter die Mitglieder des Oelfarbendruck-Vereins „GERMANIA" sind folgende Gewinne bestehend in **Original-Oelgemälden** auf die dabei genannten geehrten Mitglieder gefallen:

Gemälde		Nr.	Gewinner
Märkische Winterlandschaft (Schloss) Wolfsburg-Schulenburg v. **Sukkert**	auf Nr.	7220	Hr. Oberamtmann Bieneck, Rostepniewo,
Insel Rügen von **Pflugradt**	„ „	9746	„ Superintd. Schiewe, Tapiau,
Thüring. Landschaft von **Pflugradt**	„ „	2370	„ Freyer, Fabrikbesitzer, Hirschberg in Schl.
Am Chimsee von **O. Kaufmann**	„ „	11203	„ Rentier Franz Becker, Neustadt a. H.
Am Eiger, im Berner Oberland von **O. Press**	„ „	5050	„ Freiherrn v. Cohn, Dessau
Spreewald, Mondscheinlandschaft von **O. Press**	„ „	5820	„ Advokat Friedrich, Roda
Ilsethal im Harz von **Engelhardt**	„ „	6606	„ Kfm. A Henderkoff, Barmen.
Sennhüte im Duxthal von **Erbe**	„ „	1510	„ Rechnungsr. E Bergmann, Potsdam.
Am Weningbund, (aus dem Deutsch-dänischen Kriege 1864) v. **F. Krause**	„ „	13736	„ Kfm. J. Ch Weber, Crefeld.
Schlesische Landschaft v. **O. Kaufmann**	„ „	11281	„ Postexp. Rasel, Glatz.

Die durch Hrn. Justizrath Drews über den Act der Prämienverloosung aufgenommene Verhandlung liegt im Vereinsbureau in den Bureaustunden zur Einsicht aus.
Beitritts-Erklärungen werden jederzeit entgegengenommen.
Berlin, den 26. November 1870.

Oelfarbendruck-Verein „GERMANIA."
C. Siber, technischer Dirigent des Vereins.
Bureau: **Lindenstrasse 93 a.**

Juristische Novitäten.

Verlag von J Guttentag in Berlin.

Das Bundes-Strafgesetzbuch vom 31. Mai 1870.

Erläutert von **H. Rüdorff** Obergerichtsrath und Schriftführer der Bundes-Commission.
1. Hälfte.

Inhalt: 1) Zur Geschichte des Gemeinen Deutschen Strafrechts und des Strafgesetzbuches für den Norddeutschen Bund. — (Einleitung. — Historischer Rückblick. — Die gemeinsame Strafgesetzgebung und der ehemalige Deutsche Bund. — Artikel 4 Nr. 13 der Norddeutschen Bundesverfassung. Antrag Planck-Wagner. — Der erste Entwurf. — Der zweite Entwurf. — Verhandlungen des Bundesrathes und des Reichstages über den Entwurf. — Das Bundes-Strafgesetzbuch vom 31. Mai 1870. — Bundesstrafrecht und Landesstrafrecht. Einführungsgesetz. Ueberſicht der Landesstrafgesetze.) — 2) Einführungsgesetz zum Strafgesetz für den Norddeutschen Bund. — 3) Das Bundes-Strafgesetzbuch vom 31. Mai 1870. (Vergleichende Uebersicht der Paragraphen des bisherigen preußischen und der verwandten Paragraphen des Bundes-Strafgesetzbuches. — Das amtliche Inhaltsverzeichniß des Bundes-Strafgesetzbuches. — Text des Bundes-Strafgesetzbuches nebst Erläuterungen nach amtlichen Quellen.

Die zweite — stärkere — Hälfte erscheint im Dezember d. J. Dieselbe wird die Erläuterungen zum Bundes-Strafgesetzbuch bis zum Ende und außerdem einzelne tabellarische Uebersichten, sowie ein durchaus vollständiges Sachregister bringen.

Als abgesonderte Zugabe zu dem Werke sollen demnächst die jetzt in der Vorbereitung befindlichen Einführungsverordnungen für die verschiedenen Staaten geliefert werden, sobald dieselben erschienen sind.

Preis für das complete Werk 1 Thlr. 6 Sgr.

Dr. C. F. Koch:

Prozeßordnung nach ihrer heutigen Geltung.

Unter Weglassung der obsoleten oder aufgehobenen Vorschriften und Einschaltung der jüngeren noch geltenden Bestimmungen, mit den Präjudizien des höchsten Gerichts, sowie mit nachweisenden und erläuternden Anmerkungen. **Sechste Auflage.** 1. Lfg. (Titel 1 10)
Complet in 4 Lieferungen (= 90 Bogen) bis Februar 1871.
Subskriptionspreis für das ganze Werk 5⅔ Thlr.

Allgem. Landrecht für die Preußischen Staaten.

Unter Andeutung der obsoleten oder aufgehobenen Vorschriften und Einschaltung der jüngeren noch geltenden Bestimmungen herausgegeben mit Kommentar in Anmerkungen.
5. Auflage. Lex.-8°. 1870 In 2 Theilen oder 4 Bänden.
I. Theil. (I. u. II. Bd.) 12 Thlr.
II. Theil. (1. u. 2, Lfg. (Titel 1 8) 4⅓ Thlr.

Formularbuch u. Commentar zum Notariatsgesetz

für instrumentirende Gerichtspersonen und Notarien, mit kurzen Angaben über die Erfordernisse der einzelnen Urkunden und mehreren als Anhang beigefügten Tax-Instrumenten.
Achte neu überarbeitete und vermehrte Ausgabe. 1870. XIV. u. 440 S. gr. 8. Geheftet. 2 Thlr. 10 Sgr.

Vorräthig in der Buchhandlung von

Louis Türk, Wilhelmspl. 4.

Das große Loos von Zweimal Hundert Tausend Gulden,

sowie weitere Gewinne von fl. **50,000**, **25,000**, 2mal **20,000**, 2mal **15,000**, 2mal **10,000** 2c. 2c. kann man auch diesmal wieder erlangen in der von Kgl. Preuß. Regierung genehmigten und somit **in der ganzen Königl. Monarchie erlaubten Frankfurter Stadtlotterie,** deren Gewinnziehung 1. Klasse **schon am 28. und 29. Dezember** stattfindet. Der Unterzeichnete hält hierzu seine bekannte glückliche Haupt-Kollekte, mit ganzen Loosen à **Thlr. 3. 13,** Halben à **Thlr. 1. 22,** Vierteln à **26 Sgr.** (Pläne und Listen gratis) gegen Einsendung oder Nachnahme des Betrages bestens empfohlen.

Der bestellte Haupt-Kollekteur:

Rudolph Strauss in Frankfurt am Main.

Durch direkte Betheiligung in meiner Haupt-Kollekte genießt man den Vortheil, von Schreibgeld Berechnung 2c. ganz verschont zu bleiben.

Frankfurter Lotterie.

Fl. 200,000. Ziehung 1. Klasse am 28. und 29. Dezember 1870. Ganze Loose hierzu Thlr 3. 13 Sgr., Halbe Thlr. 1. 22 Sgr. und Viertel nur 26 Sgr. sind von Unterzeichnetem gegen Einsendung des Betrages oder baarer Posteinzahlung, sowie nach Bestellung gegen Postnachnahme zu beziehen. — Es wird hierbei ausdrücklich bemerkt, daß ich zu dem Loosen-Verkauf bevollmächtigt bin, und von mir nur die wirklichen Original-Loose ausgegeben werden. Schreibgebühr wird nicht berechnet, sowie die amtlichen Pläne und Ziehungslisten gratis gegeben.

J. M. Rhein,
Meisengasse 26 in **Frankfurt a. M.**

Kölner Dombau-Lotterie.

Haupt-Gewinn
Thlr. **25,000, 10,000,** ferner **1370 Geldgewinne** mit zusammen **70,000** Thlr., worunter Gewinne von Thaler **5000, 2000, 1000, 500, 200, 100** 2c. 2c., ferner Kunstwerke im Gesammtbetrage von Thaler **20,000.**

Loose zu einem Thaler werden bei uns und unseren Agentur zur Abnahme empfohlen.

Die General-Agenten:
Albert Heimann in Cöln. Berlich Nr. 8. **D. Löwenwarter.** Große Sandkaul, Höhlen-Ecke.

35. Verzeichniß der bei uns eingegangenen Gaben.

A. Einmalige Beiträge.

Fr. v. Chlapowski auf Rothdorf 61 Thlr. 26 Sgr. Aus der Sammelbüchse Nr. 10. 14 Thlr. 10 Sgr. 6 Pf. Von der königlichen Kommandantur aus der Zeltlagerkasse 20 Thlr.

B. Pro November c. haben Beiträge gezahlt.

Aftmann, Emil, 1 Thlr. Bendix, J., 1 Thlr. Buckow, J., 1 Thlr. Bachstein 1 Thlr. Dawczynski, B., 7 Sgr. 6 Pf. Elkus, M. L., 15 Sgr. Frau Erxleben 5 Sgr. Favre 10 Sgr. Dr. Freudenreich 1 Thlr. Finkel, J., 10 Sgr. Filehne, Bernh, 1 Thlr. G. S. per Goldenring 10 Sgr. Giernat 15 Sgr. Guttmacher, Meyer, 5 Sgr. Günther, E, 1 Thlr. Günther, F, 1 Thlr. Gerling, H., 10 Sgr. Hecht 1 Thlr. Heymann, B., 1 Thlr. Haacke 1 Thlr. Jahns, T, 10 Sgr. Kilinski W, 1 Thlr. Klug, A. jun., 1 Thlr. Kratochwill, Anton, 5 Thlr. Lehmann, J. Lehrer, 1 Thlr. Levy, Louis, 5 Sgr. Lehmann, A., Dienstmann, 10 Sgr. Mondré, J., 15 Sgr. Menzel, Bäckermstr., 1 Thlr. Mazur, Salomon, 5 Sgr. Neufeld, Siegfr., 1 Thlr. Neumann, Schiffsbaumstr., 1 Thlr. Neumann, Emilie, Wittwe, 15 Sgr. Pracht 15 Sgr. Reichstein, J., 15 Sgr. Rudolph, Kaufmann, 5 Sgr. Schmidt, Steinsetzmeister, 1 Thlr. Tielsch, F., 7 Sgr. 6 Pf. Töplitz 5 Sgr. Zadek, J., 5 Sgr. Feldmann, Alb., 7 Sgr. 6 Pf. Jäschin, Mathilde, 1 Thlr. Matheus, Emil, 5 Sgr.

Posen, am 28. November 1870.

Posener Verein
zur Unterstützung im Felde verwundeter und erkrankter Krieger.

Das Dom. **Niewierz** sucht zum 1. Januar 1871 einen unverheiratheten, deutsch und polnisch sprechenden,

Gärtner.

Persönliche Vorstellung wird gewünscht.

Ein Lehrling

christlicher Confession, mit guter Schulbildung und sehr schöner Handschrift, wird zum sofortigen Antritt für die Generalagentur einer Feuerversicherung gesucht.
Offerten sub **A. B.** an die Expedition dieser Zeitung.

Tüchtige Klempnergesellen

finden lohnende Bauarbeit bei

H. Klug,
Friedrichsstraße Nr. 33.

Ein in allen Zweigen der Verwaltung vollständig routinirter junger Mann, der auch polnisch spricht, sucht sofort oder von Neujahr ab anderweitiges Engagement.
Offerten beliebe man in der Exp. d. Ztg. sub **A. B. 1.** niederzulegen.

Ein tüchtiger **Färbergehilfe,** mit allen Arbeiten vertraut, sucht Stellung. Zu erfragen Schifferstr. **B Asmus.**

Ein elternloses, gebildetes Mädchen in gesetzten Jahren, sucht eine Stelle zur Unterstützung in der Wirthschaft, oder als Gesellschafterin einer älteren Dame. Näheres unter C. C poste restante **Wiengierski,** Kreis Schroda.

Ein gebildetes Mädchen aus sehr anständiger Familie (kath.) sucht vom 1. Jan. 1871 ab eine Stelle als **Gesellschafterin** bei einer alten Dame, oder als Stütze der Hausfrau. Gef. Adr. werden bis zum 3. Dezember erbeten unter **K. M.** poste rest **Strzalkowo.**

Eine Wirthschafterin 26 Jahr alt mit guten Attesten sucht eine Stelle Gr. Gerberstr. 41.

Ein **Leder-Geldtäschchen** mit etwas Geld (anscheinend einem Militär gehörend) ist gefunden worden. Der rechtmäßige Eigenthümer kann dass. in der Exp. d. Ztg. in Empfang nehmen

Familien-Nachrichten.

Auf Vorposten bei Bougival,
den 22. November 1870.

In Folge ihrer in der Schlacht bei Sedan erhaltenen schweren Verwundungen starben: am 9. November der

Hauptmann von Gößnitz,

am 11. November der

Premierlieutenant Flessing,

an seiner am 21. Oktober im Gefecht bei Malmaison erhaltenen Verwundungen der

Sekondelieutenant v. Unruh.

Alle drei durch ihren Herrn und König mit dem eisernen Kreuz II. Klasse ausgezeichnet.

In Folge der Anstrengungen des Vorpostendienstes vor Paris starb am 16. November am Typhus der

Sekondelieutenant Thiele

des Landwehr-Bataillons Görlitz.

Ihr Andenken lebt unvergänglich im Kreise der tiefbetrübten Kameraden.

In der Letzteren aller Namen

von Webern,

Oberstlieutenant und Führer des 1. Westpreußischen Grenadier-Regiments Nr. 6.

(Statt besonderer Meldung.)
Heut Mittag 1¾ Uhr entschlief nach langen Leiden, 77 Jahr alt, unsere theure, vielgeliebte Mutter, Schwiegermutter und Großmutter, die verw. Frau Geh. und Ober-Regierungs-Räthin **Friederike Riemann,** geb. von Gromadzinska.
Breslau, 25. November 1870.
Die Hinterbliebenen.

Gestern früh entriß uns der Tod nach kaum 8 Tagen abermals ein Kind, unsern lieben, lieben Georg im Alter von 5 Jahren. Tief betrübt zeigen wir dieses um stille Theilnahme bittend, statt jeder besonderen Meldung an.
Posen, den 28. November 1870.
Hermann Bulwien.
Emilie Bulwien
geb. **Castner.**
Die Beerdigung findet morgen Dienstag, Nachmittag 3 Uhr, statt.

Vorträge des Posener Hilfsvereins.

Sterns Hôtel de l'Europe.
Montag den 28. Novbr. 1870.
Abends 7½ Uhr
Herr Rechts-Anwalt **Dockhorn:**

Preußen als Kulturstaat.

Tagesbillets zu nummerirten Plätzen à 15 Sgr. und Eintrittskarten für den ganzen Cyklus von 6 Vorträgen à 2 Thlr. sind in der Kunst- und Musikalien-Handlung von *Bock & Bote* hierselbst zu haben.

Vortrag zum Besten der Landwehrfrauen.

Am Mittwoch den 30. November, 6 Uhr Abends wird Hr. **Otto Tramnitz,** 2. Offizier des Nordpol-Expeditionsschiffes „Germania", in der Aula des kgl. Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums, einen Vortrag über die arktische Schifffahrt, über die Zwecke und Erfolge der deutschen Nordpolexpedition und über das Leben in Polarregionen halten.
Billets à 5 Sgr. sind bei Hrn. Buchhändler *Türk*, Wilhelmsplatz 4 zu haben.
Kassenpreis 7½ Sgr.

Stadt-Theater in Posen.

Montag den 28. Nov. **Das Milchmädchen aus Schöneberg.** Volksstück mit Gesang in 3 Akten und 6 Bildern v. W. Mannstädt. Musik von demselben.

Dienstag den 29. Nov. **Der Barbier von Sevilla.** Komische Oper in 4 Aufzügen nach dem Italienischen von Kallmann. Musik von J. Rossini.

In Vorbereitung: **Ein Engel,** von Julius Rosen. — **Der Hausschlüssel,** oder: **Kalt gestellt.** Lustspiel in 1 Akt. — **Des Adlers Horst.** Große Oper. — **Emilia Galotti.** Schauspiel in 5 Akten.

Volksgarten-Saal.

Heute Montag den 28. November:

Großes Konzert.

Entrée 1½ Sgr. — Anfang 7 Uhr.
Emil Tauber.

Musikalisches.

Der Unterzeichnete empfiehlt eine gute Streich- und Blasemusik und kann auf Verlangen 5—20 Mann stellen.
A. Queva, Stabstrompeter.
Taubenstr. 5, 1 Treppe.

Eisbeine morgen Dienstag den 29. d. M. bei *Volkmann*, Wronkerstr. 17.

Heute

Wurstabendbrod

bei

August Arndt,
Friedrichsstraße Nr. 31.

Börsen-Telegramme.

Spiritus [mit Faß] pr. Nov. 15, Dez. 15⅛, Jan. 1871 15¼, Febr. 15⅜, März 15 7/12, April-Mai 1871 im Verbande 16¼. Loko-Spiritus (ohne Faß) 14⅜.

M [Privatbericht.] **Wetter:** trübe. **Roggen:** fest. pr. Nov. 48½ B., Nov.-Dez. do., Dez.-Jan. 48¾—49 bz. u. B., Jan.-Febr. 49⅛ G., 49½ B., Frühjahr 51 bz., B. u. G.

Spiritus: ermattend. pr. Nov. 15 G., Dez. 15⅛ bz. u. B., Jan. 15¼ bz. u. G., Febr. 15⅜ G., 15 5/12 B., März 15 7/12 B., April-Mai 15⅝ bz. u. G. Loko ohne Faß 14⅜ bz.

Berlin, 26. Nov. [Wöchentlicher Börsenbericht] Die starke Baisse, welche den Verkehr der Vorwoche heimgesucht hatte, mußte in den letzten acht Tagen wieder einer günstigeren Tendenz das Feld räumen. Der neue Stimmungswechsel fand seinen Ursprung in der Beruhigung, welche in Betreff der Pontusfrage an den zunächst interessirten Plätzen, besonders in London, Wien und Petersburg, Anfangs der Woche Raum gewonnen hat und sich in den hohen, von dort gemeldeten Notirungen kundgab. Unsere Börse konnte der hierdurch gegebenen Anregung um so leichter Folge leisten, als die vorangegangene Reaktion die Hausse-Engagements auf einen bescheideneren Umfang zurückgeführt und hierdurch den Markt für günstige Einwirkungen empfänglicher gemacht hatte, während andererseits der steigenden Tendenz auch die Deckungsankäufe der Kontremine zu statten kamen; die letztere hatte die Konjunktur der Vorwoche nicht ungenützt gelassen, machte aber wohlweislich Front, als sich der politische Horizont wieder aufzuklären begann. Durch diese Faktoren unterstützt, hatte die steigende Bewegung auf allen Gebieten bald so gute Fortschritte gemacht, daß die Kurse der meisten Effekten sich bis auf eine geringe Distanz dem vor der Veröffentlichung der russischen Note bestandenen Niveau näherten, während gleichzeitig die Eröffnungsrede des Reichstages zur Befestigung der Stimmung beitrug. Eine weniger freundliche Physiognomie war dem Verkehr der letzten Tage eigen und wenn auch die meisten Effekten gegen die Vorwoche noch mit einem ansehnlichen Avanz schließen, läßt das heutige Kursniveau im Vergleich zu den anfänglichen Notirungen der Woche immerhin einen empfindlichen Rückschlag erkennen. Derselbe kann mit Recht als in der inneren Situation der Börse begründet erscheinen, da besonders wegen der Nähe des Ultimo angesichts des noch immer kräftigen Uebergewichts der Hausse ein Stillstand in der Bewegung der Kurse unmöglich ist, andererseits aber in den letzten Tagen stichhaltige Motive einer weiteren Steigerung gänzlich fehlten, mithin der retrograden Bewegung freies Spiel gelassen werden mußte. Die Börse bedarf jedoch für jede ihrer Bewegungen einen besonderen Vorwand und ein solcher fand sich auch in Gestalt der sich wegen eines Ministerwechsels in England geltend machenden Befürchtungen. Wir unsererseits sind der Ansicht, daß sich auch ohne diese Eventualität leicht die weichende Richtung wieder Bahn gebrochen hätte und daß theilweise die Stimmung der Börse auch durch die im Reichstage zur Vorlage gelangte neue Kreditforderung von ca. 100 Millionen Thlr. beeinflußt wurde.

In dem Geschäft selbst treten keine besonderen Erscheinungen zu Tage, weil auch in dieser Woche die allgemeine Stimmung den alleinigen Ausschlag gab. Die Thätigkeit der Börse blieb ziemlich beschränkt, da auch während der der besseren Tendenz angehörenden Tage die Spekulation eine große Reserve beobachtete. Auf dem spekulativen Gebiet fanden die Hauptumsätze in österr. Kredit-Aktien, Türken und Italienern statt, und zwar galten Kreditaktien momentan als das beliebteste Spekulationsobjekt. Franzosen nahmen besonders anfangs der Woche einen erheblichen Aufschwung, weil die letzte Wocheneinnahme mit 114,000 Guld. Plus abschloß; jedoch gewann der Verkehr in diesem Papiere nur eine mäßige Ausdehnung. Von inländischen Eisenbahnaktien haben Potsdamer, Magdeburg-Leipziger und Mainzer (welche Bahn im Oktober 99,000 Gulden mehr erzielte) einen bedeutenden Aufschwung genommen. Die Oktober-Einnahme der inländischen Bahnen lauten meist ungünstig, weil nur bei wenigen Bahnen (namentlich bei der Anhalter, Potsdamer, Rheinischen) die durch die Stockung und Schwierigkeiten des Verkehrs entstandenen Ausfälle durch die Militair-, Gefangenen und Verproviantirungs-Transporte gedeckt werden. Nach den Angaben des „St.-Anz." haben die preußischen Eisenbahnen per Meile vereinnahmt:

1870 im Oktober	6103 Thlr.	bis Ende Okt.	61,533
1869 „ „	6637 „	„ „ „	61,194
1870 „ „	— 534 = 8 %		+ 339 = ½ %

Von ausländischen Fonds haben russische Prämienanleihen einen guten Avance davongetragen, während russisch-englische 1822er und 1862er Anleihen in Folge londoner Verkaufsordres einem mehrfachen Angebot unterworfen waren. Inländische Fonds, auch Bundesanleihe zeigten in den letzten Tagen ebenfalls eine matte Haltung, da die bevorstehende neue Bundesanleihe bereits ihre Rückwirkung geltend macht. Wechsel waren wenig verändert, nur Warschau wurde heute wesentlich billiger abgegeben. Geld ist etwas flüssiger und im Privatverkehr zu 4½ erhältlich.

Wie vielleicht bekannt sein dürfte, steht hier die Bildung einer allgemeinen Eisenbahn-Baugesellschaft bevor, welche den größeren Theil der Dr. Strousbergschen Unternehmungen im Werthe von 17 Mill. Thlr. übernehmen soll.

Man notirte folgende Schlußkurse:

	Kurs vom 19. November.	Höchster Kurs der letzten 8 Tage.	Niedrigster Kurs der letzten 8 Tage.	Kurs vom 26. November.
Preußische Konsols	90⅛	90⅞	90⅝	90¾.
Oestr. Staatsbahn	196	204	199¾	200.
Lombarden . . .	94	97	94⅛	95½.
Oesterr. Kredit . .	129	134	131	131
Amerikaner . . .	93⅞	95	94⅛	94⅛.
Italiener	52	54	52¾	53.
Türken de 1865 .	39½	41⅞	39¾	40½.

Produkten-Börse.

Berlin, 28. Nov. **Wind:** Süd. Barometer: 28¹. Thermometer: 8° +. Witterung: schön. — Der Verkehr mit **Roggen** machte sich heute wieder eine sehr feste Stimmung geltend. Die Verkäufer bewahrten so entschiedene Zurückhaltung, daß der mäßige Begehr genügte, um den Preisen merklich aufzuhelfen. Der Umsatz ist zwar wenig belebt gewesen und besonders war gegen den Schluß der Börse das Geschäft ganz todt, aber die Haltung wurde dadurch doch nicht geschwächt. Loko ging der Verkauf bequem zu festen Preisen. Das Angebot war nicht groß, aber doch ausreichend. Gekündigt 3000 Ctr. Kündigungspreis 52⅞ Rt. — **Roggenmehl** begehrt und höher. — **Weizen** sehr fest und etwas besser bezahlt. Gekündigt 2000 Ctr. Kündigungspreis 76½ Rt. — **Hafer** loko fester gehalten. Termine ließen sich ein wenig höher verwerthen. — Für **Rüböl** ist auch heute die Stimmung sehr fest gewesen und wieder sind es spätere Termine, welche vorzugsweise Beachtung genossen und besseren Preis erzielten. — **Spiritus** ist merklich im Werthe gestiegen. Es gab wenig Verkäufer, Kauflust erlangte denn auch entschiedenes Uebergewicht. Gekündigt 40,000 Liter. Kündigungspreis 17 Rt. 8 Sgr. — **Weizen** loko pr. 2100 Pfd 65—83 Rt. nach Qual., weißb. poln. 76—80 Rt. bz., per 2000 Pfd. per diesen Monat 76½ bz., Nov.-Dez. 75¾—76—75⅞ bz., 1871 Jan.-Febr. 76½ bz., April-Mai 77½—77⅞ bz., Mai-Juni 78½—79—78¾ bz. — **Roggen** loko pr. 2000 Pfd. 51—53½ Rt. bz., per diesen Monat 53 bz., Nov.-Dez. 52½—53 bz., Dez.-Jan. 52½—53⅛ bz., 1871 April-Mai 54⅝—55—54⅞ bz., Mai-Juni 55—55½ bz. — **Gerste** loko per 1750 Pfd. große 38—55 Rt. nach Qual., kleine 37—42 nach Qual. — **Hafer** loko per 1200 Pfd. 24—31 Rt. nach Qual., per diesen Monat 28¼ bz., Nov.-Dez. 27¾—27⅞—27¾ bz., 1871 April-Mai 49¼—49½ bz., Mai-Juni 50 bz. — **Erbsen** per 2250 Pfd. Kochwaare 60—70 Rt. nach Qual., Futterwaare 54—58 Rt. nach Qual. — **Leinöl** loko 11⅞ Rt. — **Rüböl** loko 100 Pfd. ohne Faß 15 Rt., per diesen Monat 14⅝ Rt. bz., Nov.-Dez. 14¾—⅝ bz., Dez.-Jan. 14⅝—¾ bz., 1871 pr. 100 Kilg. Jan.-Febr. 29⅛—⅙ Rt. bz., Febr.-März 29—⅛ bz., März-April do., April-Mai 29 11/12—29 1/12 bz., Mai-Juni 29 bz. — **Petroleum** raffin. (Standard white) pr. Ctr. mit Faß: loko 7 7/12 Rt., per diesen Monat 7¼ Rt. bz., Nov.-Dez. do., Dez.-Jan. 7¼ G., Febr.-März 7 7/24 bz. — **Spiritus** pr. 100 Liter à 100 % = 10,000 % loko ohne Faß 17 Rt. 7 Sgr bz., per diesen Monat 17 Rt. 8—10—8 Sgr. bz., Nov.-Dez. do., Dez.-Jan. do., 1871 Jan.-Febr. 17 Rt. 12—15—12 Sgr. bz., Febr.-März 17 Rt. 20 Sgr. bz., April-Mai 17 Rt. 28 Sgr. bis 18 Rt. bis 17 Rt. 27 Sgr. bz., Mai-Juni 18 Rt. bis 18 Rt. 3 Sgr. bz. Juni-Juli 18 Rt. 12—14—10 Sgr. bz.

Nachtrag.

Posen, 28. Novbr. Bei der **Wahl der Stadtverordneten** in der 3. Abtheilung wurden gewählt in dem 1. Bezirk: Hr. Kaufmann G. **Bernstein** mit 120 von 203 Stimmen (von den übrigen Stimmen fielen 37 auf Hrn. Fraas, 24 auf Hrn. Pfitzner, 21 auf Hrn. Lißner, 1 auf Hrn. Brodnitz); im 2. Bezirk: Hr. Rektor **Hielscher** auf 6 Jahre mit 110, Hr. Maurermeister **Hesselbein** auf 4 Jahre mit 120 von 215 Stimmen (von den übrigen Stimmen fielen 92 auf Hrn. Lewandowski, 91 auf Hrn. Dr. Matecki, 12 auf Hrn. Destillateur Walter); im 3. Bezirk Hr. Rendant **Eckert** mit 141 von 202 Stimmen (von den übrigen Stimmen fielen 60 auf Hrn. Rendant Janowicz); im 4. Bezirk Hr. Syndikus **Wegner** mit 127 Stimmen gegen 112 Stimmen, welche auf Hrn. R. Kleemann fielen.

Posener Marktbericht vom 28. November 1870.

	Gewicht	Höchster Thl.	Sgr.	Pf.	Mittlerer Thl.	Sgr.	Pf.	Niedrigster Thl.	Sgr.	Pf.
Weizen fein, der Scheffel zu 84 Pfund	84	3	4	—	3	2	6	3	—	—
„ mittel	„	2	28	9	2	27	—	2	25	
„ ordinair	„	2	20	—	2	15	—	2	10	—
Roggen, fein	80	2	1	6	2	—	6	2	—	—
„ mittel	„	1	29	—	1	28	6	1	27	6
„ ordinair	„	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Große Gerste	74	1	26	—	1	24	—	1	22	6
Kleine „	„	1	25	—	1	23	—	1	20	—
Hafer	50	1	1	—	1	—	—	—	29	6
Kocherbsen	90	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Futtererbsen	„	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Winter-Rübsen	74	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ Raps	„	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sommer-Rübsen	„	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ Raps	„	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Buchweizen	70	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kartoffeln	100	—	16	—	—	15	—	—	14	—
Wicken	90	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lupinen, gelbe	90	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ blaue	„	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rother Klee, der Centner zu 100 Pfund	100	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Weißer „	„	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Die Markt-Kommission.

Börse zu Posen

am 28 Novbr. 1870.

Fonds. Posener 4% neue Pfandbriefe 82 1/12 G., do. Rentenbriefe 84⅛ G., do. 4½% Kreisoblig. —, russ Banknoten 77⅛ G., Rumänische 7½% Eisenbahn Oblig. —, 5% Nordd. Bundesanleihe 96 G.

[Amtlicher Bericht] **Roggen,** pr. Nov. 48½, Nov.-Dez. 48½, Dez. 1870-Jan. 1871 48⅞, Jan.-Feb. 49¼, Frühjahr 51.

Berlin, 26. November. Die Börse war in Folge der ungünstigen auswärtigen, besonders Londoner Notirungen matt; für Türken, Amerikaner, Italiener herrschte mehr Kauf- als Verkaufslust; da aber die Käufer nicht Konzessionen machen wollten, blieb das Geschäft gering. Am meisten wurden noch Franzosen gehandelt. Im Uebrigen war die matte Haltung und die Geschäftslosigkeit ebenfalls vorherrschend; besonders in den Eisenbahnen, sowie in inländischen und deutschen Fonds. Oesterreichische sehr unbelebt und matt. Von russischen waren Prämienanleihen belebt, aber viel niedriger; besonders auf Zeit lagen große Verkaufsordres vor; Boden-Kredit und Liquidations-Pfandbriefe ebenfalls niedriger, 1822er und 62er englische vergeblich offerirt. Von Banken waren Dessauer Kredit wieder belebt und höher. Prioritäten still, russische in ziemlich gutem Verkehr und ebenso wie inländische fest, österreichische matt. — Wechsel still und matt.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, 23. November 1870.

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	98 B
Staats-Anl. v. 1859	5	99¼ bz
do. 1854, 55, A.	4½	90⅝ G
do. 1857	4½	90⅝ G
do. 1859	4½	90⅝ G
do. 1856	4½	90⅝ G
do. 1864	4½	90⅝ G
do. 1867 C.)	4½	90⅝ G
do. A. D.)		90⅝ G
do. von 1868 B.	4½	90⅝ G
do. 1850, 52 conv.	4	81 bz
do. 1853	4	81 bz
do. 1862	4	81 bz
do. 1868 A.	4	81 bz
Staatsschuldscheine	3½	79 bz
Präm. St. Anl. 1855	3½	119 bz
Kurh. 40 Thlr.-Obl.	—	64¾ etw bz
Kur- u. Neum. Schld.	3½	80 bz
Oderdeichbau Obl.	4½	90⅞ G
Berl. Stadtobl	5	99¾ bz
do. do.	4½	92 G
do. do.	3½	74½ bz
Berl. Börs.-Obl.	5	99 B
Pfandbriefe		
Berliner	4½	89 B
Kur- u. Neum.	3½	74 G
do. do.	4	80⅛ bz
Ostpreußische	3½	77½ G
do.	4	83 G [bz
do.	4½	88½ B 5% 95½
Pommersche	3½	72¼ B [89¼ G
do. neue	4	82¼ G 4½%
Posensche neue	4	82¼ bz B
Schlesische	3½	—
Westpreußische	3½	72½ bz G
do.	4	78¾ bz
do. neue	4	78¾ bz
do.	4½	86 B
Rentenbriefe		
Kur- u. Neum.	4	87½ B
Pommersche	4	87⅛ B
Posensche	4	84½ bz
Preußische	4	86¾ B
Rhein-Westf.	4	90½ etw bz
Sächsische	4	88½ bz
Schlesische	4	87 B
Preuß. Hyp.-Cert.	4½	— —
Pr. Hyp.-Pfandbr.	4½	91 bz
Preuß. do. (Henkel)	4½	86 B

Ausländische Fonds.

Oestr. 250 fl. Pr. Obl.	4	71½ B
do. 100 fl. Kred. L	—	86½ et bz [-⅛ bz
do. Loose (1860)	5	74½-¼ bz ult. 74½
do. Pr.-Sch. v. 64	—	63½ etw bz
do. Bodenkr. Pfdbr.	5	85 G
Ital. Anleihe	5	53⅜-¾ bz ult. 53⅜
Ital. Tabak-Obl.	6	85 bz B [-⅝ bz
Rumän. Anleihe	8	90 B
Rum. Oblg. v. St. g.	7½	58-⅜ bz G
5. Stieglitz-Anleihe	5	67¾ G
Engl. Anl. v. J. 1862	5	84¾ B
do. 1864 engl. St.	5	— —
do. 1864 holl. St.	5	— —
do. 1866 engl. St.	5	— —
do. 1866 holl. St.	8	— —
Präm.-Anl. v. 1864	5	111⅜ bz
do. v. 1866	5	110 bz
Ruff. Bodenkred. Pf	5	85½ bz
do. Nikolai-Oblig.	4	66¾ bz
Poln. Schatz Obl.	4	gr. 67¾ bz II. —
do. Cert. A. 300 fl	5	92½ bz kl. 66¾
do. Pfdbr. in S. R	4	68¼ G [bz
do. Part. O. 500 fl.	4	99 G 5% 67¼
do. Liqu.-Pfandbr.	4	56½ bz [G
Finn. 10 Thlr.-Loose	—	7⅛ bz [94¾ bz
Amer. Anl. 1882	6	94¾ bz G ult.
Türkische Anl. 1865	5	41¼ ⅛-⅞-¾ bz ult.
Bad. 4½% St.-Anl.	4½	90 B [41½-41
Neue bad 35 fl. Loose	—	34 B [-¾-⅝ bz
Bad. Eis.-Pr.-Anl.	4	105½ bz
Baier. 4% Pr.-Anl	4	106 bz
do. 4½% St. A. v 59	4½	90¾ G
Braunschw. Anl.	5	— —
Braunschw. Präm. Anl. a 20 Thlr.	—	16½ bz
Dessauer Präm.-A.	3½	99 G
Lübecker do.	3½	— —
Sächsische Anl.	5	— —
Schwed. 10 Thlr.-L.	—	— —

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Anh. Landes-Bk.	4	106⅞ B
Berl. Kass.-Verein	4	180 B
Berl. Handels-Ges.	4	132 B
Braunsch. Bank	4	115 G
Bremer Bank	4	111½ B
Coburg. Kredit-Bk.	4	97 B
Danziger Priv.-Bk.	4	105 B
Darmstädter Kred.	4	127¾ etw bz
Darmst. Zettel-Bk.	4	101½ bz G
Dessauer Kreditbk.	0	5⅞ bz G
Disk.-Kommand.	4	141¾ etw bz
Genfer Kreditbank	0	14 G
Geraer Bank	4	102½ etw bz
Gwb. H. Schuster	4	104 B
Gothaer Priv.-Bk.	4	103½ B
Hannoversche Bank	4	94½ bz B
Königsb. Priv.-Bk.	4	108 G
Leipziger Kreditbk.	4	116½ G
Luxemburger Bank	4	122 B
Magdeb. Privatb.	4	89 G
Meininger Kreditb.	4	119½ bz G
Moldau Landesbk.	4	— — vll — —
Norddeutsche Bank	4	143½ G
Oestr. Kreditbank	5	133¼-33-½-33 bz
Pomm. Ritterbank	4	92 et bz [ult. do.
Posener Prov.-Bk.	4	102 B
Preuß. Bank-Anth.	4½	149 G
Rostocker Bank	4	114¾ bz
Sächsische Bank	4	129 G
Schles. Bankverein	4	115½ et bz j. 113
Thüringer Bank	4	91 G [G
Vereinsbank Hamb.	4	112¾ bz
Weimar. Bank	4	95¾ bz G
Prß Hyp. Vers. 25%	4	105¼ G
Erste Prß. Hyp.-G.	4	93½ G

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	— —
do. II. Em.	4	— —
do. III. Em.	4½	— —
Aachen-Mastricht	4½	75 bz
do. II. Em.	5	— —
do. III. Em.	5	81 G
Bergisch-Märkische	4½	—
do. II. Ser. (conv.)	4½	89½ etw bz G
III. Ser. 3½ v. St. g.	3½	73⅝ bz G
do. Lit. B.	3½	73⅜ bz G
do. IV. Ser.	4½	89¾ G
do. V. Ser.	4½	88½ B
do. VI. Ser.	4½	87½ B
do. Düsseld.-Elberf.	4	80 G
d. II. Ser.	4½	— —
do. (Dortm.-Soest)	4	— —
do. II. Ser.	4½	— —
do. (Nordbahn)	5	96¾
Berlin-Anhalt	4	— —
do.	4½	90¾ bz
do. Lit. B.	4½	90¾ bz
Berlin-Görlitz	5	— —
Berlin-Hamburg	4	83 bz G
do. II. Em.	4	— —
Berl. Potsd.-Mgd. Lit. A. u. B.	4	83¾ B
do. Lit. C.	4	— — D. 98½ G
Berl.-Stett. II. Em.	4	78½ bz
do. III. Em.	4	— —
B. S. IV. S. v. St g.	4½	90⅜ bz
do. VI. Ser. do.	4	78 bz
Bresl.-Schw.-Fr.	4½	G. — —
Cöln-Crefeld	4½	91 B
Cöln-Mind. I. Em.	4½	— —
do. II. Em.	5	100 G
do.	4	— —
do. III. Em.	4	81 B
do.	4½	89 G
do. IV. Em.	4	81⅜ bz
do. V. Em.	4	80½ bz
Cosel-Oderb. (Wilh)	4	— —
do. III. Em.	4½	— —
do. IV. Em.	4½	—
Galiz. Carl-Ludwb.	5	83⅛ G
Lemberg-Czernowitz	5	65 B
do. II. Em.	5	73½ B
do. III. Em.	5	71 bz
Magdeb.-Halberst.	4½	— —
do. do. 1865	4½	89½ bz
do. do.	5	95½ B
do. Wittenb.	3	90 G
Niederschles.-Märk.	4	83¾ bz
do. II. S. à 62½ tlr.	4	— —
do. c. I. u. II. Ser.	4	— —
do. conv. III. Ser.	4	80¼ B
do. IV. Ser.	4½	90 bz
Niederschl. Zweigb.	5	94½ G D. 94½
Oberschles. Lit. A.	4	— — [G
do. Lit. B.	3½	— —
do. Lit. C.	4	— —
do. Lit. D.	4	81 G
do. Lit. E.	3½	72¾ bz
do. Lit. F.	4½	89 B [88 bz
do. Lit. G	4½	— — Lit. H.
Oestr.-Französ. St.	3	269 bz
Oestr. südl. St. (Lb.)	3	229 bz
do. Lomb. Bons	6	— —
do. do. fällig 1875	6	— —
do. do. fällig 1876	6	— —
do. do. fäll. 1877/8	6	— —
Ostpreuß. Südbahn	5	91½ G
Rhein. Pr.-Obligat.	4	— —
do. v. Staat garant.	3½	— —
do. III. v. 1858 u. 60	4½	88¼ bz 65r 88¼
do. 1862 u. 1864	4½	88¼ bz [bz
do. v. Staat garant.	4½	— —
Rhein-Nahe v. S. g.	4½	89½ B
do. II. Em.	4½	89½ B
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	79¼ bz
do. III. Ser.	4½	— —
Charkow-Azow	5	83 G
Jelez-Woron.	5	84 bz B
Kozlow-Woron.	5	83½ B
Kursk-Charkow	5	83½ G
Kursk-Kiew	5	83½ G
Mosko-Rjäsan	5	87¼ B
Rjäsan-Kozlow	5	83½ bz G
Schuja-Iwanow	5	83½ bz G
Warschau-Teresp.	5	81½ bz kl. 81½ bz
Warschau-Wiener	5	82¾ G kl. 82¾
Schleswig	4½	86 B [G
Stargard-Posen	4	— —
do. II. Em.	4½	— —
do. III. Em.	4½	— —
Thüringer I. Ser.	4	— —
do. II. Ser.	4½	— —
do. III. Ser.	4	— —
do. IV. Ser.	4½	—

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Mastricht	4	33 bz
Altona-Kieler	4	111½ bz
Amsterdm-Rotterd.	4	100½ bz
Bergisch-Märkische	4	117½ bz G n. 113
Berlin-Anhalt	4	194¾ bz [bz
Berlin-Görlitz.	4	57¼ bz
do. Stammprior.	5	88 bz B
Berlin-Hamburg	4	149¾ G
Berl.-Potsd.-Magd.	4	218⅞ bz
Berlin-Stettin	4	131¾ bz G
Böhm. Westbahn	5	99 bz
Bresl. Schw.-Frb.	4	108¾ bz
Brieg-Neiße	4½	85¾ G
Cöln-Minden	4	132¼-⅜ bz
do. Lit. B.	5	97¾ etw bz
Galiz. Carl-Ludwig	5	96½-¼-¾ bz
Halle-Sorau-Gub.	4	46¾ bz
do. Stammprior.	5	74 bz G
Löbau-Zittau	4	72 bz B
Ludwigshaf.-Bexb.	4	162 G
Märkisch-Posen	4	42¼ bz
do. Prior. St.	5	68 bz G
Magdeb.-Halberst.	4	119¾ bz n. 118¼
do. Stamm-Pr. B.	3½	67 bz [bz
Magdeb.-Leipzig	4	188½ etw bz G
do. do. Lit. B.	4	87 bz
Mainz-Ludwigsh.	4	133½ bz
Mecklenburger	—	— —
Münster-Hammer	4	— —
Niederschles.-Märk.	4	84⅜ bz
Niederschl. Zweigb.	4	90¾ bz
Nordh.-Erf. gar.	4	62 bz G
Nord.-Erf. St.-Pr.	5	69¾ bz B
Oberhess. v. St. gar.	3½	vll. 66 B
Oberschl. Lit. A u. C.	3½	170¾ bz [bz
do. Lit. B.	3½	155¾ bz [1¾ 3-2⅛
Oest.-Frnz.-Staats.	5	— ult. 202-
Oest. Südd. (Lomb.)	5	96-96¼-96 bz ult.
Ostpr. Südbahn	4	33½ bz [do.
do. St.-Prior.	5	61⅞ bz
Rechte Oder-Uferb.	5	84¼ bz
do. do. St.-Pr.	5	94½ B
Rheinische	4	114⅛ bz G
St P. Lit. B. v. St. g.	4	— —
Rhein-Nahebahn	4	26⅝ bz
Russ. Eisenb. v. St g.	5	88 bz G
Stargard-Posen	4½	91½ G
Thüringer	4	132 B
do. 70%	5	125 G
do. B. gar.	4	vll 77½ B
Warschau-Bromb.	4	— kl. — —
do. Wiener	5	59⅜ bz

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	114 G
Gold-Kronen	—	9. 9½ bz G
Louisd'or	—	111½ G
Sovereigns	—	6. 24¾ G
Napoleonsd'or	—	5. 14¼ bz G
Imp. p. Zpfd.	—	— —
Dollars	—	1. 12 G
Silber pr. Zpfd.	—	29. 26 G
K. Sächs. Kass.-A.	—	99⅞ bz
Fremde Noten	—	99¾ bz B
do. (einl. in Leipz.)	—	99⅞ bz
Oesterr. Banknoten	—	81⅞ bz
Russische do.	—	74⅛ bz

Wechsel-Kurse vom 23. November.

Bankdiskont	9	
Amstrd. 250 fl. 10 T.	4	143½ bz
do. 2 M.	4	142⅝ bz
Hamb. 300 Mk. 8 T.	5	151⅝ bz
do. 2 M.	5	150⅜ bz
London 1 Lstr. 3 M.	2½	6 23¼ bz
Paris 300 Fr. 2 M.	6	— —
Wien 150 fl. 8 T.	6	81½ bz
do. do. 2 M.	6	80½ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	5	56. 22 G
Frankf. 100 fl. 2 M.	4	56. 26 G
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	5	99¾ G
do. do 2 M.	5	— —
Petersb 100 R. 3 M.	6	85⅛ bz
do. do. 3 M.	6	83⅞ bz
Warschau 90 R. 8 T.	6	76½ bz
Brem. 100 Tlr. 8 T.	4	110⅝ bz

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.